2 FEB 14

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend. Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk. Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition: Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., Volkshaus. Telephonruf 7565.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen vorherige Einsendung des Betrages aufgenommen. „Der Steinarbeiter" ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 3. Sonnabend, den 17. Januar 1914. 18. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Das Koalitionsrecht in Gefahr. I. — Tarifverträge im Baugewerbe. — Der Herr Oberbaurat bekommt Hilfe. — Die Kapitalsmacht der Gewerkschaften. — Verschiebungen im Kohlensyndikat im Jahre 1913. — Schlaganfall als Betriebsunfall vom Reichsversicherungsamt anerkannt. — Mehr Arbeiterschutz. — Geschäftspraktiken der Arbeitswilligenvermittler. — Steinausschreibungen. — Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Aenderungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: Gewerbliches Einigungswesen und Schiedszwang. — Wirtschaftliche Rundschau. — Der Unfallzuschuß. — Ausdauer führt zum Siege! — Der bulgarische Arbeiterbund nach dem Kriege. — Feuilleton: Der Erdarbeiter.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperrt sind: Lübeck: Granitwerk Plettner & Bruhn. — Crailsheim: Firma Burrer in Bölgental und Wallhausen.

Blauberg (Oberpfalz). Die Steinmetzen bei der Bayrischen Granit-Aktien-Gesellschaft haben am 12. Januar die Arbeit wieder aufgenommen.

Wiesbaden. Die Steinarbeiter der Zahlstelle Wiesbaden stehen in Lohnbewegung. Die Unternehmer lehnen unsere Forderungen ab. Zuzug ist fernzuhalten.

Nördlingen. Die Steinmetzen der Granitfirma Koppel & Söhne stehen seit 31. Dezember 1913 im Streik, da von seiten der Unternehmer sämtliche Lohnforderungen abgelehnt wurden.

Hirschberg (Schlesien). Die Firma Stahlberg ist bis auf weiteres gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten. Die Firma versucht in Oesterreich, besonders aber in Böhmen, Steinmetzen anzuwerben.

Kirchberg (Sachsen). Die Granitfirma Ingram hat sämtliche Pflastersteinmacher ausgesperrt.

Aue (Erzgebirge). Die Firma Hermann Weishorn, Auerhammer, hat am 6. Dezember sämtliche Steinarbeiter ausgesperrt. Ein Teil derselben ist bereits abgereist.

Sohland (Spree). Der Unternehmer Kalauch hat 22 Granitarbeiter ausgesperrt, weil sie sich die Unkosten für das Schärfen des Werkzeuges nicht aufbürden lassen wollten.

Oesterreich-Ungarn. Gesperrt sind: Perchtoldsdorf, Krakau, Lemberg, Pucirce, Nabresina, Süttö, Budakalász.

Das Koalitionsrecht in Gefahr.

I.

Was wir vorausgesagt haben, daß Regierung und die gesamte bürgerliche Gesellschaft sich vereinigen werden, um das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht nur einzuschränken, sondern direkt zu rauben, ist eingetroffen. Ganz, wie die Staaten des Balkanbundes sich zusammengefunden haben zu dem einzigen Zweck, unter Fortlassung alles Trennenden zunächst die Türkei zu vernichten und sodann die Beute unter sich zu verteilen, so haben die in der bürgerlichen Gesellschaft tätigen Kräfte und Mächte sich verbündet, um unter Hintansetzung alles Gegensätzlichen zunächst den gemeinsamen Feind, die Arbeiterbewegung, zu bekämpfen und dann erst untereinander die Streitpunkte zu regeln. Alle die Aeußerungen, die wir in der letzten Zeit gehört haben von den Handwerks- und Handelskammern, dem Zentralverband deutscher Industriellen, dem Bund der Industriellen, dem Hansabund usw., verfolgen dasselbe Ziel, das Koalitionsrecht als solches zu vernichten, nicht etwa nur seine angeblichen Auswüchse zu bekämpfen.

Wenn manche Kreise in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung die unmittelbar bevorstehende Gefahr in ihrem vollen Ernst nicht erkennen, so hat dies darin seinen Grund, daß die Fragestellung vielfach eine falsche ist. Man fragt: Beabsichtigt die Regierung ein Ausnahmegesetz gegen das Koalitionsrecht zu schaffen, ein besonderes Gesetz zum Schutze der Arbeitswilligen einzuführen und das Streikpostenstehen zu verbieten? Auf diese Frage antwortet dann der Reichskanzler, der Staatssekretär des Reichsamts des Innern und der bayrische Ministerpräsident, eine solche Absicht bestände nicht. Und wenn im Reichstag von der äußersten Rechten eine Resolution, die alle Wünsche der Scharfmacher erfüllt, eingebracht wird, so stimmt fast der ganze Reichstag dagegen. Aus diesen Tatsachen wird dann geschlossen, daß es bei den frommen Wünschen der Scharfmacher bleiben und die Aktion, gleich der im Jahre 1899, wie das Hornberger Schießen auslaufen werde.

Diese Ansicht ist jedoch eine unrichtige und dem Traum kann leicht ein furchtbares Erwachen folgen. Die deutsche Arbeiterschaft steht in Wahrheit vor der ernstesten Gefahr, die ihr seit Gründung des Deutschen Reichs gedroht hat. Ganz sicher haben wir auf ein Ausnahmegesetz nicht zu rechnen. Im Jahre 1899 fiel die Zuchthausvorlage, weil man Bedenken trug, den Gesetzen ein direkt arbeiterfeindliches Etikett aufzukleben. Man scheute vor einer offenen Unterdrückungsgesetzgebung gegen die Arbeiterschaft zurück. Und was man im Jahre 1899 nicht gewagt hat, wird man heute, wo die Sozialdemokratie inzwischen so riesig erstarkt ist, gewiß nicht wagen. Aber machen wir uns doch nur einmal klar, warum Bismarck im Jahre 1878 das Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie schuf. Doch nur deshalb, weil allgemein die Rede-, Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit bestand. Wollte also Bismarck gerade den Sozialdemokraten das freie Reden und Schreiben verbieten, so mußte er dies in einem Ausnahmegesetz tun. Heute wird man den umgekehrten Weg gehen, man wird das Ausnahmegesetz vermeiden und in einem allgemeinen, äußerlich und formell für alle Bevölkerungskreise geltenden Gesetz unter der Devise des Schutzes der persönlichen Freiheit das wirtschaftliche Vereinigungsrecht in der allein wirksamen Form verbieten.

Aber, so sagt man uns darauf, eine solche Gefahr könne doch ernstlich nicht angenommen werden, denn das Unternehmertum selbst bedürfe unbedingt der Vereinigungsfreiheit. Das ist richtig. Kartelle und Konventionen, auf denen die Blüte der deutschen Industrie beruht, können ohne den Organisationszwang nicht existieren. Die manchesterliche Lehre von der Freiheit des Individuums ist für alle Zeiten gefallen. An Stelle des Individualismus ist der Sozialismus, die Organisation, die Konzentration und der Monopolismus getreten. In jeder Klasse und in jedem Berufe gilt, wer aus egoistischen Gründen die Interessen seiner Klasse und seines Berufs hintansetzt, als Schädling, er wird gebrandmarkt und geächtet. Diese Brandmarkung und Aechtung begünstigt die moderne Gesetzgebung in tausend Verzweigungen. Der Innungsobermeister ist berechtigt, den von den Beschlüssen der Innung abweichenden Innungsmeister, also den Streikbrecher in unserm Sinne, mit Geldstrafe zu belegen. Staatlich organisierte Berufsklassen dürfen den Streikbrecher in ihren Reihen aus der Gemeinschaft sogar ausschließen. Im Kaufmannsstand hat man gegen den Streikbrecher ein besonderes Gesetz, das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb, geschaffen. Im Offizierstand wird sogar derjenige, der sich weigert, eine gesetzlich verbotene Handlung, das Duell, zu begehen, aus seinem Stande ausgeschlossen. Und der Kriegsminister erklärt im Reichstag: Gewiß achte ich den, der aus strafgesetzlichen oder religiösen Gründen das Duell ablehnt. Aber aus dem Offizierstand muß er, da er den Anschauungen dieses Standes sich nicht fügt, unweigerlich hinaus. Mit allen Mitteln und mit bewunderungswürdiger Energie gebrauchen die Kartelle gegen den Streikbrecher in ihren Reihen ihre ungeheuren Machtmittel. Wer nicht gehorcht, dessen Existenz wird schonungslos durch Materialien-, Arbeiter-, Kundensperre usw. vernichtet. Ein hoher Reichsbeamter, Dr. Kestner, Geheimrat im Reichsamt des Innern, hat jüngst in einem außerordentlich lesenswerten, bei Karl Heymann, Berlin, erschienenen Buche: Der Organisationszwang, die Auswüchse des von den Kartellen angewendeten Terrorismus gebrandmarkt. Aber auch Kestner gibt zu, daß ohne Organisationszwang heute keine Gemeinschaft mehr bestehen könne.

Und nun sagt man uns, wenn dem so ist, so sei doch nicht zu fürchten, daß man in einem allgemeinen Strafgesetz allen Klassen, also auch der Großindustrie, den Zwang verbieten könne. Das wird man auch zweifellos nicht tun, man wird vielmehr ein theoretisch für alle Klassen geltendes, praktisch nur gegen die Arbeiter gerichtetes Gesetz schaffen, das lediglich diesen die Vereinigungsfreiheit untersagt. Dies zu erreichen, ist ganz leicht. Man braucht nur die gesetzlichen Begriffe so dehnbar, so elastisch, so vage, so unbestimmt, so abstrakt zu schaffen, daß es den Behörden ein leichtes ist, zu sagen, die Handlung des Unternehmers falle nicht unter diese allgemeinen Begriffe, wohl aber die des Arbeiters. Ist der gesetzliche Begriff allgemein genug gefaßt, so kann dies in jedem Augenblick geschehen, ohne daß man der Anklagebehörde formellen Rechtsbruch nachweisen kann, wenn sie die eine Handlung verfolgt, die andre nicht. Gründe sind wohlfeiler als Brombeeren.

Daß die Gesetzgebung beabsichtigt, diesen Weg zu gehen, unterliegt keinem Zweifel. Man braucht, um dies zu erkennen, nur die Vorgänge des Rechtslebens ihrer juristischen Hülle zu entkleiden und sie vom Standpunkt des Klassenkampfes aus anzusehen. Im Anfang des vorigen Jahrhunderts, zur Zeit der französischen Revolution, forderte man allgemein schärfste Trennung der gesetzgebenden und der richterlichen Gewalt. Der Gesetzgeber sollte die Begriffe so scharf, so präzise und so bestimmt wie möglich fassen. Aufgabe des Richters war es lediglich, rein automatisch diese scharfen und bestimmten Begriffe des Gesetzes auf den Einzelfall anzuwenden. Der Richter hatte nicht nach dem Zwecke des Gesetzes zu fragen, vielmehr nur den Buchstaben zu beachten. Dies forderte das Bürgertum, weil es Schutz gegen die Uebermacht der Bureaukratie brauchte. Deshalb galten der bürgerlichen Gesellschaft Richterfreiheit und Bürgerfreiheit mit Recht als unvereinbare Gegensätze. Der scharfe gesetzliche Begriff war die magna charta des Bürgers. Daher mußte das richterliche Ermessen in Ketten gelegt werden. Heute, wo Bürgertum und Bureaukratie längst ihren Frieden miteinander geschlossen haben, und beide sich eins fühlen gegen den einzigen gemeinsamen Feind, die Arbeiterbewegung, geht man den umgekehrten Weg, man fordert freiestes, richterliches Ermessen. Der Gesetzgeber soll nur einige allgemeine Begriffe aufstellen, und der Richter, insbesondere das Reichsgericht, rechtsbildend weiter wirken. Dies Verlangen wird in der bürgerlichen Presse, der bürgerlichen Gesellschaft, den Professoren und Richtern selbst mit einer Entschiedenheit vertreten, und zwar, weil man darin das Mittel sieht, unter der scheinbaren äußerlichen Gleichheit und unter der Hülle juristischer Korrektheit, in Wahrheit lediglich die Arbeiterbewegung treffen zu können.

Tarifverträge im Baugewerbe.

Im November vorigen Jahres wurde bereits auf die Verzögerung hingewiesen, die die Unterzeichnung der Tarifverträge für das Baugewerbe leider erfahren hat. Dabei wurde mitgeteilt, daß man von einer erheblichen Anzahl von Verträgen, die von den örtlichen Vertragsparteien unterzeichnet wurden, überhaupt nicht wisse, wo sie geblieben seien. Und es wurde dabei der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Unterzeichnung mit einer gewissen Absicht vom Arbeitgeberbund für das Baugewerbe verschleppt würde.

In der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung wurde von Unternehmer- (Arbeitgeberbundes-) Seite darauf geantwortet, daß die Verschleppung zum großen Teil an den Beanstandungen liege, die von den Gewerkschaften zu den vorgelegten Verträgen gemacht würden. Dabei wurde natürlich verschwiegen, daß es neben einigen aus formellen Gründen erfolgten Beanstandungen in der Hauptsache solche sind, die aus grundsätzlichen Bedenken der Gewerkschaften erfolgt sind gegen vorgenommene Aenderungen des Vertrages, bei denen den Unternehmern nicht das geringste Recht zur Seite stand.

Ueber die Frage nach dem Verbleib einer Anzahl von Verträgen schwieg man sich ruhig aus. Es wurde nur mitgeteilt, daß insgesamt bei dem Arbeitgeberbundesvorstand 208 Tarifverträge eingegangen seien, von denen 44 genehmigt und 164 entweder beanstandet wurden, oder noch nicht geprüft werden konnten. Daß das nicht alle Verträge gewesen sind, die von den örtlichen Parteien unterzeichnet waren, und daß tatsächlich an einigen Stellen, wahrscheinlich durch die Bezirks-Arbeitgeberverbandsvorstände, solche Verträge absichtlich zurückgehalten werden, wollen wir an einem Fall nachweisen. In Augsburg ist nämlich der Vertrag längst unterzeichnet. Er ist sogar gedruckt im Gebrauch der Parteien am Orte. Aber an den Arbeitgeberbund ist dieser Vertrag nach einer von dem Bunde angefertigten Aufstellung noch nicht gelangt. Also wo ist der Vertrag geblieben? Dabei taucht die Frage auf: Besteht denn überhaupt für eine Organisation das Recht der Zurückhaltung des von den örtlichen Parteien unterzeichneten Vertrages, die die nächste, auf den 20. Januar angesetzte Sitzung des Haupttarifamts auch zu entscheiden haben wird.

Am 6. und 7. Januar sind nun 56 Verträge für nachstehende Gebiete endgültig unterzeichnet worden: Altdamm, Backnang, Beiersdorf, Barth, Bremen, Bütow, Colditz, Danzig, Ebersbach, Eberswalde, Eckernförde, Emmendingen, Eßlingen, Frauenstein, Frenzburg-Richtenburg, Freudenstadt, Fürstenberg, Gertz R., Gelenau, Geyer, Göppingen, Grimma, Hecklingen, Heidenheim, Heiligenstadt, Heilbronn, Helmstedt, Holtenau, Kappeln, K.-Wusterhausen, Lauenburg a. Elbe, Ludwigshafen, Möhringen, Mutzschen, Nerchau, Neustadt i. H., Osterburg, Oehringen, Querfurt, Radegast, Ratzeburg, Röthe, Salach, Stade, Stargard i. P., Stettin, Swinemünde, Trebsen, Trier, Tüningen, Werdau, Wurzen, Würzburg, Zörbig, Zuffenhausen, Zwickau.

Von der Unterzeichnung ausgeschlossen sind wiederum 47 Verträge. Darunter befinden sich auch 7 Bezirksverträge für das rheinisch-westfälische Industriegebiet, die bereits zum zweitenmal von beiden Seiten beanstandet worden sind. Zu den 47 Verträgen liegen insgesamt 85 Beanstandungen vor, von denen die Gewerkschaften zu 28 Punkten, der Arbeitgeberbund zu 34 Punkten solche erhoben haben, und 8 Beanstandungen von beiden Seiten berühren dieselben Punkte. Aus dieser Zusammenstellung ersieht man, daß der Arbeitgeberbund gar keine Ursache hat, sich über die Beanstandungen der Gewerkschaften aufzuregen, und die Schuld an der Verschleppung der Unterzeichnung der Tarifverträge ihnen aufzubürden.

Hoffentlich gelingt es noch vor dem 1. April d. J., eine größere Anzahl von Verträgen zur endgültigen Verabschiedung zu bringen. Sonst steht zu erwarten, daß aus Anlaß der an diesem Zeitpunkt vertraglich vorgesehenen Lohnerhöhung sich manche ernstliche Differenzfälle ergeben werden.

Der Herr Oberbaurat bekommt Hilfe

Auf der internationalen Baufachausstellung in Leipzig sang gelegentlich des Verbandstags der Zement- und Kunststeinindustriellen Herr Oberbaurat Scharenberg ein großes Loblied auf den Kunststein. Die Leipziger Steinmetzen können das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie die ersten waren, welche die schönrednerischen Auslassungen des Herrn Oberbaurats in der sachlichsten Weise zurückwiesen. Dieser Protest fand in der gesamten Fachpresse großen Widerhall; erst kürzlich noch ließ die Berliner „Bauwelt" dem Herrn Baurat noch eine ordentliche Abfuhr zuteil werden. —

Der Zentralverband Deutscher Zementwaren- und Kunststein-Fabrikanten e. V. (Sitz Leipzig) kommt im „Baumaterialienmarkt" Herrn Scharenberg mit folgenden Auslassungen zu Hilfe:

Naturstein und Kunststein.

Auf unsrer letzten Generalversammlung **war die Stadt Leipzig durch Herrn Stadtbaurat Kgl. Oberbaurat Scharenberg vertreten.** Herr Oberbaurat Scharenberg hat in seiner Begrüßungsansprache die Fortschritte in der Kunststeinfabrikation lobend erwähnt und u. a. folgendes gesagt: „Nachdem die Fortschritte in der Kunststeinfabrikation **so außerordentliche sind, daß der Naturstein vielfach an Härte und Haltbarkeit durch den Kunststein übertroffen wird,** dringt der Kunststein immer weiter in das Baufach ein. **Diesen Fortschritten** ist in vollem Maße und mit großem Interesse der Rat der Stadt Leipzig gefolgt, und finanzielles Interesse zwingt ihn fast dazu, in zunehmendem Umfange Kunststein zu verwenden."

Diese Ausführungen haben die Presse der Natursteinindustriellen veranlaßt, gegen den Herrn Redner in umfangreichen Pressepolemiken zu Felde zu ziehen. **Auch die Steinmetzen als Vertreter der Arbeitnehmer taten dasselbe.**

Diese Erregung auf Seite der Kunststeinfeinde war sicherlich der beste Beweis für die Richtigkeit dessen, was Herr Oberbaurat Scharenberg ausgeführt hat. Wir haben deshalb bisher davon abgesehen, auf die gegen genannten Herrn gerichteten Angriffe einzugehen. Wenn dies aber jetzt, nachdem seit unsrer Generalversammlung fast ein halbes Jahr vergangen ist, noch nicht aufhört, so sehen wir uns doch veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen.

Neuerdings beschäftigt sich mit der Angelegenheit auch die „Bauwelt“. Der von ihr gebrachte Artikel trägt die Ueberschrift „Ein Konflikt zwischen der Naturstein- und Kunststein-Industrie“. Uns ist von einem derartigen Konflikt nichts bekannt. Dann heißt der Artikelverfasser von dem „Leipziger Sonderfall, in dem es sich angeblich um eine einseitige Förderung der Kunststeinindustrie durch den Leipziger Stadtbaurat handelt“. Das Wort „angeblich“ ist sehr bezeichnend. Der Verfasser hätte doch, wenn er es für nötig erachtete, zu der Angelegenheit sich zu äußern, zunächst einmal den genauen Wortlaut der Ansprache einsehen sollen. Der Artikel sagt dann u. a.: „Wir möchten unsrer Meinung dahin Ausdruck geben, daß, wenn es die Mittel nur irgendwie gestatten, der als wetterfest erprobte Naturstein bei Monumentalbauten, die für Jahrhunderte bestimmt sind, den Vorzug vor dem Kunststein verdient.“ Im Schlußsatz heißt es dann noch einmal: „Eine Stadt wie Leipzig mit ihren bedeutsamen Bauaufgaben darf die Verwendung von Naturstein nicht völlig und vor allem nicht prinzipiell ablehnen.“

Was sollen nun diese Ausführungen? Herr Oberbaurat Scharenberg hat doch kein Wort davon gesprochen, daß die Stadt Leipzig die Verwendung von Naturstein völlig und prinzipiell ablehnt, obwohl in Leipzig genug behördliche Bauten gezeigt werden können, wo das verwendete Naturgestein recht bedenkliche Verwitterungserscheinungen aufweist. Der Artikelverfasser sollte doch auch überzeugt sein, daß „der Chef einer städtischen Bauverwaltung vermöge seines Amtes und seiner technischen Qualifikation“ — um diese vom Verfasser selbst gebrauchten Worte zu benutzen — sich nicht in der Weise, wie geschehen, über die Kunststeinerzeugnisse ausgesprochen hätte, ohne entsprechend günstige Erfahrungen gemacht zu haben.

Gerade dadurch, daß Herr Oberbaurat Scharenberg auf Grund seiner eigenen Erfahrungen die Vorzüge eines guten Kunststeines auch öffentlich anerkannte, hat er zweifellos die in dem erwähnten Artikel der „Bauwelt“ geforderte Objektivität bestens bewiesen. Wenn solche manchen Kunststeingegnern, die, wie es scheint, nur für sich und ihre Erzeugnisse, bezw. ihre Anschauungen „Objektivität“ seitens maßgeblicher Persönlichkeiten erwarten, auch nicht angenehm sein mag, so wird doch kein rechtlich Denkender dem Herrn Oberbaurat einen Vorwurf aus seinen durchaus sachlichen Aeußerungen machen können.

Diese Erklärung ist recht nichtssagend. Herr Scharenberg hat den Kunststein über den grünen Klee gelobt, er hat aber wohlweislich vergessen zu sagen, daß bisher der Naturstein ein vorzügliches, beinahe unentbehrliches Baumaterial war. Ferner hat der Herr Oberbaurat vergessen zu sagen, daß unter der Marke „Kunststein“ noch sehr viel Schund auf den Markt kommt. Die Internationale Baufachausstellung selbst hat das recht deutlich gezeigt. Wenn nun die Kunststeinfabrikanten die gehaltene Rede anders auslegen wollen, so ist das ihr gutes Recht. Aber auch die Steinmetzen haben sich gestattet, jene Ausführungen etwas unter die Lupe zu nehmen. Wer Scharenbergs Rede liest, muß doch unwillkürlich den Eindruck gewinnen, als wenn von nun an nur der Kunststein das Feld behaupten soll. —

Die gehaltene Rede hat den Steinmetzen sehr geschadet, aber unsre Kritik hat sicherlich dazu beigetragen, daß man in Zukunft nicht in so einseitiger Weise der Kunststeinverwendung Vorschub leistet.

Die Kapitalsmacht der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften in 14 Ländern, über welche dem Internationalen Gewerkschaftsbund diesbezügliche Berichte vorliegen, besaßen Ende 1912 ein Vermögen von über 240 Millionen Mark. Einschließlich der nicht berichtenden Länder (Amerika, Australien, Frankreich usw.) dürften die Gewerkschaften zurzeit rund 400 Millionen Mark Vermögen besitzen, wovon die Hälfte auf England und Deutschland entfällt. Wie diese Kapitalsmacht zu wirken vermag, haben die Banken einiger Länder besonders in der letzten Zeit erfahren. Die deutschen Gewerkschaften verlangten von der Deutschen Bank, mit der sie in Geschäftsverbindung stehen, Anerkennung des Koalitionsrechts der Angestellten, weil dieselbe einen Vertrauensmann der jungen Bankbeamtenorganisation gemaßregelt hatte. Da die Bank von dieser Forderung nichts wissen wollte, haben die Gewerkschaften die bei derselben deponierten Kapitalien — es soll sich um über 20 Millionen Mark, also ein Viertel des Gesamtvermögens der freien Gewerkschaften, handeln — gekündigt. Sie werden dieselben nun in noch größerem Maße der Genossenschaftsbank und, soweit erforderlich, solchen Privatbanken überweisen, welche das Koalitionsrecht ihrer Angestellten unterschriftlich anerkennen. Eine Reihe angesehener Großbanken hat sich dazu bereit erklärt. Der ganze Vorfall hat in der bürgerlichen Presse ungeheures Aufsehen erregt. — In Indianapolis (Vereinigte Staaten), wo mehrere amerikanische Verbände ihren Zentralsitz haben, zogen die Gewerkschaften über 1 Million Dollar aus den örtlichen Banken, um sie an andern Orten zu deponieren, weil die Stellungnahme der Geschäftswelt gegenüber den Gewerkschaften anläßlich der letzten wirtschaftlichen Kämpfe immer brutaler geworden war. Dieses Vorkommnis dürfte der Anregung, eine eigene Bank für die amerikanischen Gewerkschaften zu schaffen, neuen Agitationsstoff geben. — Die australischen Gewerkschaften beschlossen, alle Gelder aus den Privatbanken zurückzuziehen und in die Bank der Bundesregierung einzuzahlen, weil die Privatbanken bei wirtschaftlichen Kämpfen die betreffenden Unternehmer stets über die Finanzkraft der Gewerkschaften informierten.

Es ist kein schlechtes Zeichen für die Gewerkschaftsbewegung, wenn sie auch in finanzieller Hinsicht ihren Einfluß so bedeutend geltend machen kann.

Bemerkt sei, daß der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands eine größere Summe, welche er bei der Deutschen Bank angelegt hatte, gekündigt hat. —

Verschiebungen im Kohlensyndikat im Jahre 1913.

Der Kampf zwischen großen und kleinen Kapitalisten ging zur Zeit der unbeschränkten Konkurrenz durch Preis-Unterbietungen vor sich. Wer über die bessere Technik, das billigste Rohmaterial verfügte, drängte die anderen vom Markte. Anders ist es geworden, seitdem in den wichtigsten Industriezweigen sich Kartelle und Trusts breit machen. Professoren und Literaten haben zwar behauptet, daß die schwachen und kleinen Kapitalisten durch das Kartell geschützt würden. Doch nichts irriger als das. Wohl wird für die Dauer der Vereinigung die Konkurrenz gegenüber den Abnehmern ausgeschaltet, doch der Kampf zwischen Großen und Kleinen hat nur andere Erscheinungsformen angenommen, ist dabei aber schärfer geworden. Ging es früher um den Absatz auf dem Markt, so hieß es nun, wer von dem Kontingent das meiste an sich reißt.

Gerade beim Kohlensyndikat ist dies Ringen stets wichtig gewesen. War es gelungen, die Produktion gegenüber dem Bedarf klein zu halten, so ging der Krach los, wer am meisten ans Syndikat liefern durfte. Bis 1903 konnten die Mitglieder ihre Beteiligung erhöhen, wenn sie durch Neuanlagen vermehrte Förderungsfähigkeit nachweisen konnten. So sind denn von den leistungsfähigen Werken jene- und zwecklos neue Schächte angelegt worden, die sie mehr betrieben wurden, wenn sie ihren Zweck erreicht hatten, dem alten Werk die Beteiligung zu erhöhen. Jahrelang war dies ein Mittel der großen Zechen, sich im Syndikat breit zu machen. Da dies Verfahren aber zu heillosen Konkurrenzen führte, wurde im 1903 eine Mehrbeteiligung dieser abhängig gemacht, die verhinderte, daß Monate lang über die Kontingente hinaus gefördert und vom der Syndikatsleitung abgenommen werden mußte, um sich nur solche Werke auszuhelfen, die so nur gerüstet waren, daß sie bei Hochkonjunktur, wo das Syndikat als zahlungsfähiger Produzent erschien, sofort mit einer Mehrleistung eintreten konnten. In Normalzeiten kam die Syndikatsleitung nur einen Teil der Beteiligung abnehmen, z. B. im 4. Quartal 1913 von Kohlen nur 87½—95 Proz., in Koks 65 Proz., in Briketts 85 Proz. Während des ersten Halbjahres Januar—Juni 1913 wurden aber nicht weniger als 105 Proz. der gesamten Beteiligung untergebracht. Eine Reihe von Zechen konnten diese Situation ausnutzen und haben jetzt ihre Mehrlieferung in dauernd erhöhte Beteiligungsziffern umgewandelt erhalten. Die größten Mehrbeteiligungen haben bei Zeche Konstantin der Große mit 470 770, Ewald mit 455 998, Graf Bismarck mit 571 857, Harpen mit 548 792, Vereinigte Stinnesche Zechen mit 806 562 und Gelsenkirchen mit 1 297 740 Tonnen stattgefunden. Im ganzen wurde die Beteiligungsziffer von 79 704 834 Tonnen auf 88 383 200 Tonnen, also um 8 678 366 Tonnen Steinkohlen erhöht. Die obengenannten sechs Zechen erlangten davon allein 4 341 720 Tonnen, also 50 Proz. der Mehrbeteiligung. Die übrigen 19 Zechen, die mehr geliefert hatten, teilten sich in die andere Hälfte der Mehrbeteiligung, und der Rest von 39 Syndikatsmitgliedern mußte bei seiner alten Beteiligung beharren.

Auch auf dem Wege des Ankaufs fremder Zechen ist die Konzentration im Bergbau in diesem Jahre fortgeschritten. So hat die Zeche Verein. Konstantin der Große die Zeche Eintracht Tiefbau mit einer Beteiligung von 582 000 Tonnen geschluckt und ist insgesamt auf eine Beteiligung von 2 762 800 Tonnen gestiegen. So haben nur die, welche bisher schon mächtig waren, ihre Stellung weiter befestigen können.

Dies geht auch daraus hervor, daß die Selbstverbrauchskontingente der Hüttenzechen gleichfalls gesteigert sind und zwar um 1 850 700 Tonnen auf 18 845 700 Tonnen. Diese Vermehrung ist besonders wichtig, weil die Hüttenzechen durch ihren hohen Selbstverbrauch für ihre Eisenwerke viel mehr die Schwankungen der Konjunktur ausnutzen und in schlechten Zeiten die Einschränkung besser verteilen können. Ihr größerer Gewinn und ihr verhältnismäßig geringeres Interesse an dem Bestehen eines Syndikats ermöglicht es den Hüttenzechen, bei den Verhandlungen um die Verlängerung des Syndikats aufzutrumpfen und neue Vorteile auf Kosten der anderen zu erzwingen.

In der Jugendzeit des Kapitalismus war der Konkurrenzkampf in gewissem Sinne wohltätig, weil nur der billigere Preis und die produktivere Technik siegten. Deshalb nahm auch die ganze Gesellschaft trotz des kapitalistischen Systems etwas an den Fortschritten teil. Heute aber wird durch die Einschränkung der Produktion erst aller Gewinn für das Kartell monopolisiert, bis die Großmächte innerhalb des Syndikats in stetem Kampf die Beute unter sich verteilen.

Schlaganfall als Betriebsunfall vom Reichsversicherungsamt anerkannt.

Das Reichsversicherungsamt hat am 17. Oktober 1913 dem Metallarbeiter B. in H. (Herzogtum Braunschweig) die Unfallrente zugesprochen und somit einen im Betriebe bei der Arbeit erlittenen Schlaganfall als Betriebsunfall anerkannt. Nicht weniger als drei Professoren, ein Sanitätsrat und ein Nervenarzt waren gehört worden, wozu über drei Jahre und zehn Monate Zeit erforderlich waren. Der Verletzte hatte im Betriebe beim Eintreiben von Rotgußbuchsen in Stahlgußrollen ein Stück des hierzu benutzten und abspringenden Hartholzklotzes vor dem Eintritt des Schlaganfalls gegen den Kopf geflogen bekommen. Plötzlich verspürte er hierauf ein Kribbeln im Arm und Kopf, fiel bewußtlos um und hatte neben rechtsseitiger Lähmung die Sprache verloren. Der hinzugezogene Sanitätsrat Dr. S. in Schöningen stellte Schlaganfall fest, lehnte aber auf Anfrage der Sektion VI der Nordwestlichen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft in Braunschweig die Anerkennung eines Betriebsunfalls ab. Genannte Berufsgenossenschaft mußte deshalb im Prozeßwege infolge Ablehnung der Rentenzahlung schon im Schiedsgerichtsverfahren zur Zahlung im Berufungsverfahren verklagt werden. Trotzdem die Zeugenaussagen und ein Professor zugunsten des Verletzten aussagten, legte die Berufsgenossenschaften gegen das ihr ungünstig lautende Urteil Rekurs beim Reichsversicherungsamt zu Berlin ein. Letztgenanntes Amt hörte nun noch weitere Zeugen und ließ weitere Professoren begutachten, die ebenfalls für B. günstig aussagten und urteilten. Hierauf wurde am obengenannten Tage die Berufsgenossenschaft zur Anerkennung des Unfalls und Rentenzahlung verurteilt. In der Begründung wird u. a. gesagt:

Mit seiner Behauptung, daß bei der Betriebsarbeit am 20. Dezember 1909, und zwar beim Eintreiben von Rotgußbuchsen in Stahlgußrollen, ein Stück des hierzu benutzten und abspringenden Hartholzklotzes ihm kurz vor dem Eintritt des Schlaganfalls gegen den Kopf geflogen sei und ihn verletzt habe, ist der Kläger erst im Laufe des Rekursverfahrens hervorgetreten . . . Obwohl Mitarbeiter damals in seiner Nähe beschäftigt waren und hiervon nichts wahrgenommen haben, so muß dieser Betriebsunfall dennoch als erwiesen angesehen werden, da der Zeuge F..... unter dem Eide die Behauptung des Klägers bestätigt hat und kein Grund vorliegt, an der Richtigkeit seiner Aussage zu zweifeln... Der G.-S. Dr. Th... setzt nun in seinem Obergutachten vom 1. August 1913 mit wissenschaftlichen Gründen auseinander, daß der Anprall des mit einer gewissen Kraft fliegenden Hartholzklotzes gegen den Kopf des Klägers, selbst wenn der Schlag nicht besonders heftig war und eine offene Wunde nicht erzeugt hat, doch geeignet war, eine heftige Erschütterung des Kopfes und weiter des Gehirns hervorzurufen. Die Erschütterung des Gehirns hat dann nach der Ansicht des Obergutachters eine Erweiterung der Blutgefäße des Gehirns und ein Bersten eines der Blutgefäße und damit den Eintritt des Schlaganfalls zur Folge gehabt. Begünstigt wurde das Bersten des Blutgefäßes dadurch, daß die Schlagaderwände durch den ungewöhnlich hohen Blutdruck, an dem der Kläger schon längere Zeit vorher litt, spröde geworden waren und einer plötzlich eintretenden Erschütterung nicht mehr den nötigen Widerstand entgegensetzen konnten. Unerheblich ist hierbei, daß bei dem Kläger schon seit längerer Zeit infolge krankhafter Blutdrucksteigerung eine gewisse Sprödigkeit der Schlagaderwandungen des Gehirns bestanden hat. Denn da jeder Anhalt dafür fehlt, daß auch ohne jene durch den Anprall des Holzklotzes hervorgerufene Kopf- und Gehirnerschütterung im Bersten eines Hirnblutgefäßes am 20. Dezember 1909 eingetreten wäre, so muß in dem Schlag des Holzklotzes gegen den Kopf des Klägers eine wesentlich mitwirkende Ursache für das Bersten des Hirnblutgefäßes und den Eintritt des Schlaganfalles gefunden werden. Damit ist der ursächliche Zusammenhang zwischen dem als Betriebsunfall sich darstellenden Anprall des Hartholzklotzes gegen den Kopf des Klägers und den Folgen des dadurch hervorgerufenen Schlaganfalls gegeben, und es kann unerörtert bleiben, ob das von dem Kläger an eben jenem Tage in gebückter Stellung vorgenommene Eintreiben von Rotgußbuchsen in Stahlgußrollen mit einer übermäßigen Kraftanstrengung verbunden gewesen ist und den Eintritt des Schlaganfalls wesentlich nachteilig beeinflußt hat.

Vorstehende Unfallstreitsache ist als eine sehr wichtige und prinzipielle anzusehen, weshalb sie beachtet werden möge. R. V.

Mehr Arbeiterschutz.

Schutz den Arbeitswilligen, so lautet gegenwärtig die Parole unsrer Scharfmacher. Dieser Forderung kann man ohne weiteres zustimmen. Es muß jedoch hierbei das Ideelle dieser Forderung und das, was wir unter arbeitswillig verstehen, auseinandergehalten werden. Das Ideal der Unternehmer ist, ihren Profit zu steigern oder noch besser, die Arbeiter zu Hörigen oder Sklaven zu machen, sie ganz ihrer Willkür zu unterwerfen. Unter arbeitswillig versteht man unternehmerseits, sich willenlos ausbeuten lassen und Streikbrecherdienste leisten.

Für uns bedeutet „arbeitswillig“ sein etwas ganz andres. Unter „arbeitswillig“ verstehen wir jedermann, der „gewillt“ ist, für auskömmlichen Lohn sich und seine Familie bezw. seine Angehörigen redlich zu ernähren. Von diesem Willen ist die gesamte, besonders die freiorganisierte Arbeiterschaft, beseelt.

Wenn nun die Unternehmer für „ihre“ Arbeitswilligen neue Schutzgesetze verlangen, so glauben wir erst recht für die nach unsrer Ansicht Arbeitswilligen die Einhaltung „der schon bestehenden Arbeiterschutzgesetze“ im schärfsten Maße verlangen zu dürfen. Dies ist nach unsrer Ansicht wirklicher Arbeitswilligenschutz.

Für viele Steinmetzmeister in Dürkheim und Umgebung scheinen jedoch solche Gesetze nicht zu existieren. Von einer strikten Einhaltung der Bundesratsverordnung ist nirgends die Rede. Erst im Laufe dieser Woche mußten wir beobachten, daß viele Steinmetzen im Freien arbeiten mußten. Dies mitten im Winter.

Die sehr oft unleserlichen Unfallverhütungsvorschriften sind zum Teil an verwitterten Bretterbuden angeschlagen. Eine Einhaltung kennt man nicht. Da wird in manchen Brüchen hoch oben abgeräumt, und unten in der Tiefe wird gearbeitet. Zur gegenwärtigen Zeit sind diese Räumungsarbeiten sehr gefährlich. Etwa angefrorene Steinblöcke lösen sich leicht los, und die unten tätigen Arbeiter sind steter Gefahr ausgesetzt. Hoch oben wird mit Rollbahnen gefahren. Keine Schutzvorrichtung ist vorhanden trotz der großen Absturzgefahr bei etwaigen Entgleisungen.

Wir nehmen heute davon Abstand, die betreffenden Firmen anzuführen, denn die erwähnten Erscheinungen sind ziemlich allgemein. Nicht nur bei uns, sondern auch in andern Bruchgebieten. Die Lichtbildervorträge des Kollegen Walther bestätigen dies zur Genüge. Die meisten, vielleicht auch alle hiesigen Unternehmer gehören dem deutschen Steinmetzmeisterverband an. Somit gehören auch sie mit zu jenen Rufern nach mehr Arbeitswilligenschutz. Wir verlangen deshalb von ihnen: Sorgt vorerst für die Einhaltung der schon bestehenden Arbeiterschutzgesetze, denn das ist praktischer Arbeitswilligenschutz — Arbeitswilligenschutz im Allgemeininteresse. M.

Geschäftspraktiken der Arbeitswilligenvermittler.

Die Streikbrechervermittler haben schlechte Konjunktur. Ihr Warenabsatz im Inlande muß naturgemäß ein sehr niedriger sein, weil in den letzten Wochen Streiks wenig geführt wurden. Schließlich ist ihr Geschäftsansehen auch bei ihren Abnehmern, bei den Unternehmern, nicht gestiegen, wenn, wie es erst in den letzten Tagen wieder einmal geschah, vor Gericht nachgewiesen wurde, daß sie die Unternehmer offenbar betrügen, indem sie allerhand zusammengelesenes Volk für teure Spesen als qualifizierte Arbeiter ausgeben und den Unternehmern als Streikbrecher schicken.

In dieser Zeit schlechter Geschäftskonjunktur versuchen die Herren im Auslande Geschäftsverbindungen anzuknüpfen, damit deutsche Art auch dort eine Stätte findet. Eine Firma Lindenberg u. Meyer aus Wandsbek bei Hamburg offeriert sich in Belgien einem geehrten Kundenkreis. Die gedruckten Briefbogen der Firma machen den Eindruck, als ob es sich bei ihren Geschäftsabschlüssen um Wunder was für Geheimnisse, oder gar um ein lichtscheues Gewerbe handle, was doch wohl nicht behauptet werden kann. Nicht nur steht in großen Lettern am Briefbogenkopf: Streng vertraulich, sondern den Kunden wird auch die Weisung gegeben: Im Interesse der Sache ist strengste Diskretion erforderlich. Es wird höflichst gebeten, bei Beantwortung diesbezüglicher Schreiben keine Postkarten zu benutzen. Sonst unterscheidet sich das Anerbietungsschreiben von denen anderer Arbeitswilligenvermittler wenig. Es wird den Unternehmern versprochen, innerhalb 24 bis 48 Stunden jeden Betrieb mit zirka 1500 Handwerkern und Arbeitern und eventuell mehr besetzen zu können. Fragt mich nur nicht wie! Interessant ist nur die Behauptung in dem Schreiben, daß viele industrielle Unternehmungen sowie Arbeitgeberverbände Verträge auf Jahre hinaus mit der Firma Lindenberg u. Meyer abgeschlossen haben. Hoffentlich fahren die Unternehmer bei diesen Geschäftsabschlüssen so gut wie die Herren Arbeitswilligenvermittler.

Dem Schreiben der Firma Lindenberg u. Meyer sind dann eine Reihe Anerkennungsschreiben bestreikter Firmen beigedruckt. So bedankte sich die Heuerstelle des Vereins Hamburger Reeder im Jahre 1909 für 1000 gelieferte Streikbrecher, die Getreidehebergesellschaft in Hamburg für 300 im Jahre 1911 überwiesene Streikbrecher, die Breitenburger Portlandzementfabrik in Lägerdorf für 800 Mann, die Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft für 300 Mann usf.

Eine altrenommierte Firma also, die mit Anerkennungsschreiben vom Jahre 1907 bis in die Jetztzeit hinein aufwarten kann. — Wahrscheinlich sind die beiden Geschäftsinhaber gute Patrioten, die mit ihrer Geschäftserweiterung über die deutschen Grenzpfähle hinaus durch Streikbrecherlieferungen das Ansehen der deutschen Nation noch zu erhöhen trachten.

Steinausschreibungen.

In der Steinindustrie ging es mit dem Geschäftsgang zu Ende des verflossenen Jahres recht flau. Zurzeit liegen aber namhafte Ausschreibungen vor, aus denen wir folgende Angebote hervorheben:

Stadtbaurat Heising in Duisburg-Meiderich. Lieferung von folgenden Straßenbaumaterialien für 1914: 1. zirka 3700 Quadratmeter Pflastersteine, Normalformat, 12/18/16 Zentimeter groß, aus Grauwacke; 2. zirka 8000 Quadratmeter desgleichen aus Melaphyrgestein; 3. zirka 1500 Quadratmeter Kleinpflastersteine, 6/8/8 Zentimeter groß, aus Grauwacke; 4. zirka 1000 laufende Meter Bordsteine aus Basaltlava.

Kanalbauamt in Kolberg. Lieferung von 1200 Quadratmeter Bürgersteigplatten aus bestem Granit.

Königl. Kanalbauamt in Berne. Arbeiten und Lieferungen für die Herstellung der steinernen Treppen an den Brücken des Rhein-Herne-Kanals.

Landesbauamt in Koblenz. 1. 7000 Quadratmeter Basaltsetzsteine für die Provinzialstraße Köln—Mainz, Kilometer 77,6 bis 79,0; 2. 774 Quadratmeter Basaltsetzsteine für dieselbe Straße, Kilometer 83,94 bis 84,1. Verdingungsunterlagen daselbst.

Landesbauamt in Koblenz. Lieferung von 1925 Quadratmeter Pflastersteinen aus fester Basaltlava für die Provinzialstraße Köln—Mainz, Kilometer 73,4 bis 74,6.

Stadtbauamt in Unna i. W. 460 Quadratmeter Ruhrkohlensandsteinpflastersteine, 14/16/16 Zentimeter groß, 1600 Quadratmeter Pflastersteine aus Grauwacke, 10/16/16 Zentimeter groß, und 1600 Quadratmeter Kleinpflastersteine, 10/8 Grauwacke für das Jahr 1914.

Stadtbauamt in Bad Oeynhausen. Für die im Jahre 1914 auszubauenden Straßen: Los I. 1550 Meter Dolomitbordsteine. Los II. 2250 Quadratmeter Reihenpflastersteine. Los III. 850 Quadratmeter Basaltkleinpflastersteine. Los V. 340 Kubikmeter Schlag- bezw. Decklagesteine und 600 Kubikmeter Packlagesteine.

Tiefbauamt in Leipzig. Lieferung von fränkischen Muschelkalksteinen für den oberen Teil der Pfeiler und Widerlager der Frankfurter Straßenbrücke.

Militärbauamt in Aachen. Los IV. Steinmetzarbeiten zum Neubau eines Wirtschaftsgebäudes in Aachen.

Magistrat in Berlin-Lichtenberg. Herstellung von zirka 10 000 Quadratmeter Reihen-Steinpflaster 3. Klasse auf fester Unterbettung, sowie die Lieferung der Reihensteine in zwei entsprechenden Losen.

Tiefbauamt in Köln. Bürgersteigpflaster- und Kantsteine für die Straßenbauten der Stadt Köln im Rechnungsjahr 1914:

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 3. Sonnabend, den 17. Januar 1914. 18. Jahrgang.

Gewerbliches Einigungswesen und Schiedszwang.

Durch die Verhandlungen der Gesellschaft für soziale Reform, an denen erstmalig auch Vertreter der freien Gewerkschaften (die Genossen Robert Schmidt, Th. Leipart und A. Winnig) teilnahmen, ist die Frage des gewerblichen Einigungswesens auch in ganz Deutschland wieder in die breite Oeffentlichkeit gerückt worden. Im Auslande ist die Frage teilweise viel brennender, in einzelnen Ländern, wie im Australischen Staatenbund, Kanada, England, Skandinavien und andern, hat die Gesetzgebung bereits eingeschritten und zum Teil ist aus dem gesetzlich organisierten Einigungswesen der Einigungszwang geworden (Australien), teils ist man dabei, einen Einigungszwang zu schaffen (Norwegen). Es lohnt sich daher, an dieser Stelle ein wenig auf die Frage einzugehen.

Die Leitsätze des Referenten auf der Tagung der Gesellschaft für soziale Reform, Freiherrn v. Berlepsch, erheben die Forderung auf Errichtung eines Reichseinigungsamtes für Deutschland. Die Aufgaben dieses Amtes sollen sein: Vermittlung bei Streitigkeiten im Arbeitsverhältnis größeren Umfangs, für deren Beilegung keine andre private oder gesetzlich geordnete Instanz vorhanden oder mit Erfolg zu vermitteln in der Lage ist. Es kann die Parteien durch Strafen zum Erscheinen zwingen. Seine Dienste soll das Amt in der Weise anbieten, daß es den Parteien die Auswahl der für die weitere Vermittlung der Einigung erwünschten Personen überläßt. Dem Amt steht das Recht zu, einen Schiedsspruch zu fällen, über dessen Annahme die Parteien selbst entscheiden.

Bisher haben wir gesetzlich in Deutschland nur die Einigungsämter der Gewerbegerichte gehabt, deren Bedeutung naturgemäß nur eine mehr lokale sein kann. Ein Verhandlungszwang besteht hier nicht; die eine oder andre Partei kann die Verhandlung ablehnen. Der Richter hat lediglich das Recht, da Nichterscheinen der Parteien mit einer Geldstrafe zu bedrohen, weitere Befugnisse stehen ihm auf diesem Gebiete nicht zu. Und auch diese Befugnis hat keinerlei praktische Bedeutung, weil die Geldstrafe beispielsweise unsern großindustriellen Scharfmachern wenig imponiert. Auch hat der Erscheinungszwang einem prinzipiellen Gegner des Verhandelns gegenüber keine Bedeutung, weil er zum Verhandeln nicht gezwungen werden kann.

Haben also die bisherigen gesetzlichen Vorschriften in Deutschland nur dann eine Bedeutung gehabt, wenn die beiden Parteien, Gewerkschaften und Unternehmerverbände, den Willen hatten, vor dem Einigungsamt zu verhandeln, so ist das durchaus nicht zu beklagen gewesen. Vielmehr haben die Arbeiter daraus lernen können, nur ihrer eignen organisatorischen Kraft zu vertrauen. Wo sie mächtige Organisationen sich schufen, haben sie die Unternehmer nicht nur zur Verhandlung, sondern, was mehr wert ist, auch zu Zugeständnissen gezwungen. Die Zuspitzung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit hat es allerdings in vielen Fällen notwendig gemacht, unparteiische Verhandlungsleiter zu den Verhandlungen hinzuzuziehen. Auf lokaler Grundlage haben die Einigungsämter der Gewerbegerichte in dieser Beziehung gewiß dem gewerblichen Frieden manchen Dienst geleistet. Bedeutungsvoller noch sind aber die von den Parteien selbst in den großen zentralen Auseinandersetzungen im Baugewerbe, Malergewerbe, Schneidergewerbe, in der Holzindustrie usw. herangezogenen Unparteiischen geworden. Und man darf wohl die Forderung der bürgerlichen Sozialreformer nach einem Reichseinigungsamt im wesentlichen auf die Vorgänge im Baugewerbe zurückführen, wo das unparteiische Dreimännerkollegium schon seit 1908 bei den großen zentralen Auseinandersetzungen mitwirkt.

Mit der Hinzuziehung solcher Unparteiischen muß man für die Zukunft auch in andern Gewerben rechnen, obgleich man im Zweifel darüber sein kann, inwieweit es nicht viel zweckmäßiger wäre, wenn die Parteien ohne Hilfe außenstehender Personen sich einigen würden. Die Vermittlungsvorschläge der Unparteiischen werden doch im wesentlichen sich nicht auf berufliche Sachkenntnis stützen, sondern mehr einem ehrlichen Maklergeschäft ähneln. Eine gewisse Schablonisierung also, die der einen Partei etwas nimmt und der andern etwas gibt, gegenseitige Zugeständnisse auszutauschen und wenn möglich beide Parteien nachgiebig zu stimmen sucht, um auf keinen Fall einen Kampf ausbrechen zu lassen. Solange diese Vermittlungspraxis sich auf freiwilliger Grundlage aufbaut, hat sie keine Gefahr, sie kann vielmehr manchmal von großem Nutzen sein. Mit der Errichtung eines Reichseinigungsamts aber wird der Weg der Bureaukratisierung des Verfahrens beschritten. Und dieser Weg birgt nicht zu unterschätzende Gefahren.

Solche Gefahren sind in den Konsequenzen enthalten, die aus dem relativ ungefährlichen Anfang mit einer bureaukratischen Regelung des Einigungswesens sich ergeben. Wir müssen mit der Tatsache rechnen, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe in der Zukunft von einer ganz andern Schärfe werden als bisher. Das Baugewerbe und andre haben ja schon zentrale Kämpfe, die sich auf das ganze Reich erstreckten, geführt. Diese werden in Zukunft nicht weniger, sondern mehr und umfangreicher werden. Das liegt in der Natur der Sache. Je größer die Gewerkschaften werden, desto umfangreicher werden auch ihre Kämpfe. Vor allem aber wird die Organisation des deutschen Unternehmertums von Tag zu Tag vervollständigt. Das vergangene Jahr hat die Verschmelzung der beiden Hauptorganisationen, der Hauptstelle und des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände gebracht. Die ausgemachten Scharfmacher haben in der neuen Vereinigung das Heft in Händen, und das Ziel ihrer Politik ist sehr durchsichtig: sie wollen die Gewerkschaften an die Wand drücken. Dazu soll ihnen neben dem erstrebten gesetzlichen Raub des Koalitionsrechts die Massenaussperrungstaktik dienen, die außerdem auch die Konsequenz ihrer im Laufe weniger Jahre aufgebauten Streikversicherung darstellt. In der neuen Vereinigung findet eine Zentralisierung der Streikversicherung statt, und es wird schließlich auch bei den Unternehmern eines Tages heißen: wer zahlt, entscheidet. Je größer die Ansprüche an die Streikversicherung werden, desto mehr wird die zentrale Unternehmerorganisation sich bemühen, den Einfluß auf die Kampfesführung der Unternehmer zu gewinnen. Ausdehnung der Kampffront bedeutet für sie, so paradox es klingen mag, eine Ersparnis in der Streikversicherung, weil sie eine Abkürzung der Dauer der Kämpfe zur Folge hat. Wir brauchen den Teufel nicht an die Wand zu malen, können aber mit einer künftigen Zentralisierung der Kampfesführung der deutschen Unternehmer als mit einer gegebenen Tatsache schon heute rechnen.

Das soll uns jedoch nicht um die Zukunft unsrer Gewerkschaften bange machen. Die deutschen Gewerkschaften sind auf einer viel zu gesunden Grundlage aufgebaut, als daß sie durch eine schärfere Kampfestaktik der Unternehmer um ihre Erfolgsmöglichkeiten gebracht werden könnten. Die Aussperrungstaktik der Unternehmer hat von Jahr zu Jahr eine Verschärfung gefunden, aus der Betriebsaussperrung ist lokale, regionale und schließlich die Reichsaussperrung geworden. Aber im gleichen Maße haben die deutschen Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Kampfesmittel gestärkt und ihre Taktik dementsprechend eingerichtet. Nach der Richtung hat es keine Gefahr, wenn die Arbeiterschaft in dem gleichen Geiste wie bisher für die Stärkung ihrer Organisation sorgt.

Viel größer ist die Gefahr, die aus dem gesetzlichen Ausbau des Einigungswesens droht. Je größer die gewerkschaftlichen Kämpfe werden, um so größer wird auch ihr Einfluß auf die öffentliche Meinung. Die zahlreichen Mittelschichten im Volke fühlen sich in ihrem täglichen Erwerb benachteiligt, wenn die Machtkämpfe zwischen Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften ausgefochten werden. Und bürgerliche Sozialreform und Bureaukratie werden schließlich den Boden finden für die Ausgestaltung des Reichseinigungswesens zu einem „Bollwerk“ gegen die wirtschaftlichen Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern. Auf das scheinbar unschuldige Reichseinigungsamt folgt das bureaukratisierte Einigungsverfahren, und auf dem gleichen Wege findet sich die Idee des Schiedszwanges, des obligatorischen Schiedsgerichts.

Die Gewerkschaften haben alle Ursache, hier auf der Hut zu sein. Der Gedanke des „gesetzlichen Minimallohnes“, das heißt des obligatorischen Schiedsspruchs, möge für die bürgerliche Sozialreform etwas Erstrebenswertes sein, für die Arbeiter nicht. Der gesetzliche Minimallohn ist lediglich eine Bureaukratisierung auch der Lohnregelung und bedeutet in dieser Hinsicht eine Lahmlegung der Aufwärtsbewegung der Arbeitslöhne. Die bureaukratischen Vorsitzenden der Schiedsgerichte werden sich nach Grundsätzen für ihre Entscheidungen umsehen, nach einer Schablone. Und diese Schablone liefert dann die Preisbewegungsstatistik der Lebensmittel einerseits, die Rentabilität der Industrie anderseits. Wird für die Berechnung der letzteren der Handelswert der Aktien zugrunde gelegt, was zweifellos erscheint, dann wird nie eine Erhöhung der Rentabilität herausgerechnet werden, weil der Handelswert der Aktien im gleichen Maße steigt wie die Dividende. Die Bemessung der Löhne nach der Bewegung der Lebensmittelpreise wiederum fesselt den Arbeiter an eine bestimmte Lebenshaltung, über die er nicht hinauskommt, weil die bureaukratischen Schiedsgerichtsvorsitzenden sich an die Schablone: Lebensmittelpreise — Arbeitslohn halten. Es ist offenkundig, daß in Neuseeland, dem Vaterlande der gesetzlichen Minimallöhne, die Einrichtung an diesem Widerspruch zwischen Arbeiterinteressen und bureaukratischem Schablonisieren gescheitert ist. Und als die Arbeiter sich nicht gefallen ließen, daß ihre Löhne sogar hinter der Lebensmittelpreisbewegung zurückblieben, sondern in den Streik traten, wurden sie und ihre Gewerkschaften auf Grund des Streikverbots zu schweren Strafen verurteilt.

Wir haben keinen Anlaß, uns diese Verhältnisse nach Deutschland importieren zu lassen. Und daher ist Vorsicht am Platze schon gleich beim ersten Versuch, das Einigungswesen zu bureaukratisieren.

Wirtschaftliche Rundschau.

Der Jahresübergang und der Geldmarkt.

Während die Jahresübersichten über die hauptsächlichsten Produktionszweige wegen des späten Einganges der abschließenden statistischen Ziffern noch längere Zeit unvollständig bleiben müssen, liegen für den Geldmarkt und die Börse alle wesentlichen Feststellungen sofort nach dem Jahresende lückenlos vor.

Der Geldmarkt wurde hier oft genug behandelt, so daß nur noch der oft so kritische Uebergang vom alten zum neuen Jahre kurz zu schildern wäre. Im großen und ganzen wird man sagen können, daß er sich in der Tat ungefähr so günstig vollzog, wie die Reichsbank bei ihren letzten beiden, bei herannahendem Jahresschluß ganz ungewöhnlichen Diskontherabsetzungen (am 27. Oktober von 6 auf 5½ Prozent, am 12. Dezember von 5½ auf 5 Prozent) erwartete.

Ohne zeitweilige starke Bedrängnis kam die Reichsbank jedoch nicht davon, nur daß die Hochflutwelle rasch wieder in sich zusammensank. Am 23. Dezember bestanden bei der Reichsbank noch 77,3 Millionen Mark steuerfreie Notenreserve. Bekanntlich erhöht sich alsdann am Quartalsende das steuerfreie Notenkontingent von

Der Erdarbeiter.

Von Kurt Hängekorb.

Unter den neueingestellten Erdarbeitern beim Bahnbau befand sich ein junger Mensch, der wegen seiner körperlichen Schmächtigkeit und wegen der Brille, die er auf der Nase trug, aussah wie die Karikatur einer hungrigen Schreiberseele. Wenn er mit seiner Schaufel in dem Kiesboden herumstocherte, stießen sich seine Kameraden oft gegenseitig an, und sie vermochten dann ein heimlich-spöttisches Lächeln nicht zu unterdrücken. Sie waren meist alle polnische Arbeiter, die mit Hacke und Schaufel in der Hand groß geworden und ihr Geschäft selbstverständlich durch und durch kannten und verstanden.

Obwohl der Neue merkte, daß man sich über ihn lustig machte, mühte er sich unbeirrt weiter. Er hatte ja nicht nur ein Stück Brot und einen Krug Kaffee mitgebracht, sondern auch einen unbeugsamen Willen zur schwersten Arbeit. Und übrigens — die Erkenntnis, daß das eiserne Muß des Lebens hinter ihm stand, und außerdem das Bewußtsein eben beendeter zwölfwöchiger Arbeitslosigkeit nahmen ihm jedes Wollen und Bedürfen des Ueberlegens. Er arbeitete wieder. Das genügte und gab ihm fast eine innere Freude und Ruhe. Wohl war der Weg steinig, den er jetzt beschritten, und schlecht und schwer zu begehen. Aber es war doch ein Weg, der vielleicht wieder aus der dunklen Schlucht hinausführte, in die er geraten. Die Sehnsucht nach Höhen und Licht beseligte ihn und gab ihm Kraft. Ihm war es, als ringe er jetzt gleichsam mit dem steinigen Erdreich um sein Recht auf etwas Sonne. Not und Hunger der vergangenen Wochen vergaß er. Es war fast wie ein stiller Jubel in ihm, wie ein Gefühl des Sieges über das Schicksal

Ungefähr zweihundert Schritt von der Arbeitsstelle wälzte sich langsam die Elbe. Drüben am andern Ufer war die große Schiffswerft. Im gleichmäßigen Takt klang das Hämmern der Kesselschmiede herüber. Das war das einzige Geräusch, das sich unter das Scharren und unmelodische Klingen der Hacken und Schaufeln mischte. Auf einer der selten vorübergleitenden Kohlenzillen bellte manchmal ein Hund. Sonst war es still da draußen vor der Stadt. Vom Wasser drüben blies ein frischer Wind. Er brachte den Stirnen und Armen der Erdarbeiter angenehme Kühlung.

Dem Neuen rann der Schweiß am Körper herunter. Die arbeitsentwöhnten Hände brannten ihm und die muskelschwachen Arme schmerzten.

Als vom jenseitigen Ufer ein Dampfsignal über das Wasser ertönt kam, gab auch der Schachtmeister mit seiner Trillerpfeife das Zeichen zum Frühstücken.

Der junge Mensch legte die Schaufel hin. Sein erst so fröhlicher Mut war durch die eingetretene körperliche Erschöpfung bedenklich ins Schwanken geraten. Er besah sich seine Hände. Da waren ganz gehörige Blasen geworden. Die eine war schon aufgegangen, so daß die Hautfetzen herunterhingen. Er warf sich abseits ins Gras und kaute gedankenvoll an seinem Brote.

So sollten ihn seine Schulfreunde sehen! Der Werner Emil vielleicht oder der Franz, der nun schon Beamter war, und all die andern, die etwas Tüchtiges geworden im Leben. Die sollten ihren einstigen Klassenersten so wiedersehen! So tief bist du gesunken. würden sie gewiß zu ihm sagen, daß du unter Polacken mit Hacke und Schaufel arbeiten mußt. Aber wenn — wenn er ihnen sagen würde, wie alles gekommen war, würden sie sicher schweigen.

Dann würden sie — — sie wußten ja, daß es nicht an ihm gelegen, wenn nichts aus ihm geworden war, wenn er ihnen sagte, wie er sich gequält, als Fabrikbursche und Markthelfer, und — ja, dann würden sie ihn verstehen.

Und wie dann alles gekommen — wenn er ihnen das sagte. Erst das mit der Aussperrung — dann das Vierteljahr in der Fabrik — nun die Krise und die allgemeine Arbeitslosigkeit, die Zeit des ewigen Laufens nach Arbeit — wie er dann immer mehr und mehr heruntergekommen — wenn er ihnen das sagte — dann würden sie ihn vielleicht sogar bemitleiden.

Bemitleiden? Mitleid?! Brauchte er denn das? „Was geht das euch Menschen an!? Was seht ihr mich überhaupt alle so scheel an? Bin ich denn ein Lump? Bin ich denn wirklich ein Lump? Geht fort —! Mit keinem Menschen will ich zu schaffen haben! Ich, ich — — — Verfluchter Lappe, daß du heulst!! Wenn das einer sieht, der denkt, du heulst wegen der lumpigen paar Blasen an den Händen — —“

Tunut — klang es wieder von drüben. Ein schriller Pfiff mischte sich darunter. Die Arbeiter kehrten zu ihren Werkzeugen zurück und das Kratzen und Scharren begann wieder. Der junge Mensch wischte sich heimlich die Augen und faßte dann herzhaft die Schaufel an. Die Hände schmerzten jetzt noch mehr als vorhin. „Aber was! ein junger Mensch hat noch Zähne, die er aufeinanderbeißen kann. Das bißchen Blut, das an den Händen klebt, ist nicht so schlimm. Daran muß man sich eben erst gewöhnen. Ueberhaupt — einem jungen Menschen muß das Arbeiten Spaß machen. Der muß singen bei der Arbeit oder pfeifen. Pfeif dir ein Stückchen! Pfeif! Es geht nicht? Dann mußt du eben ohne zu pfeifen arbeiten.

Siehst du, du spürst das mit den Händen schon gar nicht mehr. Ich sage ja, der Mensch gewöhnt sich an alles, noch dazu wenn er jung ist. Zwanzig Jahre! Einundzwanzig. Ich sollte nicht mit der Schaufel arbeiten können!? Ich will es euch zeigen — — “

Und er zeigte es ihnen wirklich. Es war schon der dritte Tag daß er da draußen vor der Stadt arbeitete. Dort, wo die Elbe sich wälzte und wo das Hämmern der Kesselschmiede von der Werft herüberklang.

Am Nachmittage dieses Tages wurde die Kolonne, der er zugehörte, zum Loriladen abgelöst. Da pfiff die Sache doch noch etwas aus einem andern Tone. Zu jeder Lori gehörten zwei Mann. Einer hüben, einer drüben. Sobald der Zug zur Feldbahn stand, begann das Einschaufeln. Wenn alle Loris gefüllt waren, dampfte der Zug ab und ein neuer schob sich nach .

Natürlich wurden nicht alle Paare gleichzeitig mit dem Vollschaufeln fertig, aber ein großer Unterschied ergab sich nicht. Nur das eine Paar, dessen eine Hälfte der Neue war, hing immer hinterher. Das fiel dem kleinen Ingenieur im blauen Anzug und mit den Luchsaugen bald auf. Und als er dem Kerl in der Brille zuschaute, wie er die Hälfte von dem, was er auf der Schaufel hatte, schon unterwegs wieder verlor, fing er mörderlich an zu fluchen. Wenn so ein schwindsüchtiger Kerl zu dumm sei, mit der Schaufel umzugehen, so solle er die Finger davon lassen und sich zum Teufel scheren.

Dem jungen Menschen war es, als ob ihm einige Dolchstiche versetzt wären. Er war nicht imstande, die Schaufel aufzuheben, und zitterte am ganzen Körper. Ohne zu überlegen, ging er zum Schachtmeister und sprach zu ihm: „Sie entschuldigen, ich höre auf. Es geht nicht.“

Eine halbe Stunde später ging er mit seiner Schaufel unterm Arm heim zu. Der Weg führte am Wasser entlang. Als er ihn über die Hafenbrücke führte, blieb er in der Mitte derselben stehen, beugte sich über das Geländer und schaute gedankenvoll hinunter in das dunkelgrüne, schmutzige Wasser — —

Ein Fisch schnellte wie ein silbernes Leuchten auf und versank wieder in der dunklen Flut. Die bisher fast tote Masse da unten wurde beweglich und lebendig. Es war plötzlich wie ein Sichdrehen und Wühlen und wie ein geheimnisvolles, dunkles Wälzen. Zuweilen, und dann nur kurze Augenblicke, erschien es wieder wie ein wundervolles Glänzen und wie gleißender Schimmer. Einzelne Punkte traten aus der Fläche heraus. Formen und Körper ballten sich zusammen und schoben sich ineinander. Wesen formten sich, fremd und grotesk. Gestalten erschienen und versanken wieder in dem Chaos. Unförmliche Gebilde ergänzten sich und fielen in stummer, fast schauerlicher Beweglichkeit auseinander. Menschen tauchten auf. Fremde — und solche, die er kannte — solche, die lebten, und andre, die längst verstorben. — Er zuckte zusammen. Unter den Toten hatte er sich gesehen. Und neben sich ein weinendes Weib. Und das war seine Mutter. Er richtete sich auf und schaute unwillkürlich aufwärts. Ueber ihm lag es in bodenloser Reinheit der blaue Himmel.

Wie von einem furchtbaren Alp befreit atmete er tief auf. Dann biß er die Zähne zusammen und ging geradewegs nach Hause.

550 auf 750 Millionen Mark, so daß schon dadurch ein um 200 Millionen Mark größerer Ellbogenspielraum entsteht. Trotzdem finden wir am 31. Dezember die Reichsbank mit nicht weniger wie 337,7 Millionen Mark in der Steuerpflicht, was also eine Verschlechterung, in der einen Woche, um 615 Millionen Mark darstellt. Bis zurück auf 1907 war in allen vorangegangenen Jahren der plötzliche Mehrandrang in dieser Periode geringer (1912 beispielsweise 499,7 Millionen Mark, 1911: 528,1 Millionen Mark). Allerdings ist dieses Mehr der Inanspruchnahme nicht nur durch die Geschäftswelt im engeren Sinne und die Bedürfnisse des eigentlichen Wirtschaftsorganismus veranlaßt, sondern in außerordentlich starkem Maße durch die Diskontierung von Reichsschatzanweisungen, mit denen sich das Reich bis zu den späteren Eingängen aus dem Wehrbeitrag verhältnismäßig reichlicher behilft. So stieg denn der Effektenbestand bis zum 31. Dezember auf 403,4 Millionen Mark: in der entscheidenden Woche um 188 Millionen Mark, während er in den Vorjahren im ganzen noch nicht einmal diese bloße Zuwachssumme erreicht hatte (Effektenbestand Ende 1912: 108,3, 1911: 148,9, 1910: 156,75 Millionen Mark). Rein aus der Geschäftswelt heraus stammt jedoch die starke Vergrößerung des Wechselportefeuilles, auf 1490,7 Millionen Mark, also um 509 Millionen Mark zwischen 23. und 31. Dezember. Diese Steigerung ist eine starke (1912 immerhin nur 393,6, 1911: 403,3, 1910: 272,4 Millionen Mark) und offenbar durch die geringe Spannung zwischen Reichsbank- und Privatdiskont mit veranlaßt: kurzfristige Wechsel, die sonst dem Privatmarkt verblieben wären, sind offensichtlich von den Banken in größerem Maße an die Reichsbank weiter begeben worden. Im ganzen jedoch hat die Reichsbank hier in den letzten Jahren eine gewisse Zurückdämmung erreicht; denn Ende 1912 betrug der gesamte Wechselbesitz 2031,1, 1911: 1792,6 Millionen Mark. Ganz ohne Eindruck ist demnach die versöhnlichere Diskontpolitik der letzten Monate nicht geblieben, denn, am Betrag der ungedeckten Noten gemessen, war der gesamte Status am Jahresschluß zwar noch immer um 366 Millionen Mark besser als im kritischen Vorjahre, aber in der Vorwoche war man nach dieser Richtung dem Vorjahre um 481½ Millionen Mark voraus. Doch alles in allem hat sich die von beiden Seiten angefochtene Reichsbankpolitik der mittleren Linie bewährt.

Der Privatdiskont zeigte auf dem stürmischen Gipfel der allgemeinen Ultimoabrechnung wohl das gewöhnliche Schärferanziehen, aber sein rasches Wiedereinlenken in ruhigere Bahnen setzte sich sofort nach der Jahreswende durch. Für dreitägigen dringenden Bedarf bewilligte man an der Börse zeitweilig 7 bis 11 Prozent. Der normale Privatdiskont für kurzfristige Wechsel betrug am 27. Dezember 4⅞ Prozent, am 2. Januar nur noch 2⅝ Prozent, für lange Sichten 4½ und 3½ Prozent.

Emissionsstatistik 1913: das Vordrängen der öffentlichen Bedarfe auf Kosten der Produktion.

Die Börsenemissionen, die im Jahre 1913 in Deutschland erfolgten, können wir an der Hand der eingehenden und anerkannt mustergültigen Statistiken der „Frankfurter Zeitung" übersehen.

Das Gesamtbild läßt sich etwa dahin kennzeichnen: Die Gesamtausgabe neuer Börsenwerte blieb zwar ansehnlich, und kaum hinter den beiden letzten Jahren zurück (Kurswert 1913: 2494,22, 1912: 2595,99, 1911: 2542,71 Millionen Mark), aber innerhalb dieser Gesamtsumme vollzog sich eine ganz gewaltige Verschiebung zugunsten der anleihebegehrenden Staaten des In- und Auslandes, und anderseits zuungunsten der Produktionsansprüche, wie sie vor allem in den Aktien und Obligationen der verschiedenen großen Industrie- und Verkehrsunternehmungen zum Ausdruck gelangen. Die großen öffentlichen Bedarfe für Kriegs- wie für Friedenszwecke halten das weiteste Feld mehr als je besetzt; die eigentlichen wirtschaftlichen, privatkapitalistischen Bedarfe sahen sich außergewöhnlich stark zurückgedrängt. Ja, selbst bei den öffentlichen Bedarfen sahen sich die Gemeinden mitunter bis zur völligen Hilf- und Ratlosigkeit zurückgesetzt gegenüber Staat und Reich, und oft genug schoß das Ausland den Vogel ab, weil man aus machtpolitischen Gründen bald Oesterreich-Ungarn, bald Rumänien, bald China nicht ohne kräftige finanzielle Unterstützung lassen konnte. Bei fast gleicher Gesamtsumme der Emissionen steigerte sich zwischen 1912 und 1913 (nach dem Kurswert) die Summe der ausgegebenen deutschen Staatsanleihen von 690,77 auf 810,79 Millionen Mark, die Summe der Auslandsanleihen von 39,63 auf 559,85 Millionen Mark, während selbst Gemeinden und Provinzen statt 329,98 nur 265,45 Millionen Mark unterzubringen vermochten; sie waren aber von früher her noch an ganz andre Ziffern gewöhnt (1911: 426,68, 1910: 386,20, 1909 sogar 532,82, 1908: 606,43 Millionen Mark) und es ist bekannt, wie sie sich zuletzt vielfach durch Sonderabschlüsse mit Versicherungsgesellschaften, sogar mit Genossenschaften und Gewerkschaften, durch Effektenlombardierungen und durch kurzfristige schwebende Kredite behelfen mußten.

Hypothekenbanken, Aktien.

Die Misere des Baumarktes spiegelt sich wider in der Obligationenausgabe der Hypothekenbanken: die Schwierigkeit der Geldheranziehung macht die Banken der Kreditgewährung abgeneigt, und anderseits fühlen die Banken wegen des trostlosen Zustandes in den Baugewerben auch gar keine Veranlassung zu regerer Geldheranziehung. So ist hier der Absturz geradezu beispiellos. Die Hypothekenbanken gaben an Obligationen aus: 1908, im ersten Wiederaufschwungsjahr, 537,49 Millionen Mark, dann 1909: 582,94, 1910: 523,31, 1911: 515,57, aber bereits 1912 lediglich 204,60, und nunmehr 1913 sogar nur 44,29 Millionen Mark.

Die Ausgabe neuer Industrieaktien fiel (im Kurswerte) zwischen 1912 und 1913 von 694,82 auf 367,21 Millionen Mark, der Bankaktien von 179,61 (1911 sogar 296,25) auf 50,10 Millionen Mark. Nur bei den „sonstigen Obligationen", wenn man diese einzeln der Industrie zurechnet, war die Einschränkung weniger fühlbar: statt 453,55 verzeichnet die Statistik 371,51 Millionen Mark. Aber um so fühlbarer war hier der starke Uebergang vom 4½- zum 5prozentigen Typ, selbst bei den bestfundierten und größten Gesellschaften. Und ferner schöpften fast ausschließlich einige wenige Riesenunternehmungen, die unter Führung verbündeter Großbanken die kurzen Erleichterungsperioden des Geldmarktes entschlossen ausnutzten, die Sahne von dieser Milch. Die A. E. G., die Deutsch-Ueberseeische Elektricitäts-Gesellschaft, die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, die Große Berliner Straßenbahn, die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen, die Siemens-Schuckertwerke, die Mannesmann-Röhrenwerke, die Maschinenfabrik Humboldt, von der Fürstlich Fürstenbergschen Anleihe von 15 Millionen Mark zu schweigen, mit der man die alten Sünden des Fürstenhauses büßen mußte.

Man kann es wahrhaftig verstehen, daß das Privatkapital endlich einmal von dieser unerträglichen Konkurrenz der öffentlichen Hände befreit sein möchte; denn, von dem ganz minimalen Kreis der Mitfinanzierungsinteressenten abgesehen, leidet unter denjenigen politischen Bestimmungen und ihren Wirtschaftsfolgen niemand schwerer wie das Industriekapital selber. Die letztjährige Statistik ist der beredte schlagende Beweis hierfür.

Berlin, 10. Januar 1914. **Max Schippel.**

Der Unfallzuschuß.

Bekanntlich haben die Unfallverletzten unter gewissen Voraussetzungen vom Beginn der fünften Woche bis zum Ablauf der 13. Woche nach Eintritt des Unfalls einen Unfallzuschuß zu beanspruchen. Denselben hat der Unternehmer aber nicht, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, an den Verletzten zu zahlen, sondern in fast allen Fällen von der Krankenkasse zu beanspruchen. Nach dem Gewerbe-Unfallversicherungsgesetz konnte die Krankenkasse den gewährten Unfallzuschuß von dem Unternehmer desjenigen Betriebes, in dem sich der Unfall ereignet hatte, ersetzt verlangen. Auch konnten die Berufsgenossenschaften die dem Unternehmer obliegenden Leistungen ganz oder teilweise statt desselben übernehmen. In diesem Falle hatte der Unternehmer der Berufsgenossenschaft Ersatz zu leisten. Nach der Reichsversicherungsordnung sind nun bezüglich der Gewährung des Unfallzuschusses Aenderungen eingetreten, die nachstehend kurz erläutert werden sollen. Zunächst kommt da der § 573 der Reichsversicherungsordnung in Betracht, der folgenden Wortlaut hat:

> Ist der Verletzte auf Grund der Reichsversicherung oder bei einer knappschaftlichen Krankenkasse gegen Krankheit versichert, so sind ihm mindestens die Regelleistungen der Krankenkassen nach § 179 an Krankenhilfe zu gewähren. Dabei beträgt jedoch das Krankengeld vom Beginn der fünften Woche nach dem Unfall bis zum Ablauf der 13. Woche mindestens zwei Drittel des maßgebenden Grundlohns; es darf nur versagt werden, wenn der Verletzte sich den Unfall beim Begehen eines Verbrechens oder vorsätzlichen Vergehens zugezogen hat. Das Entsprechende gilt auch für das Hausgeld. Erhält ein Versicherter gleichzeitig aus einer andern Versicherung Krankengeld, so gilt für die Kürzung des Krankengeldes der § 189 entsprechend. Maßgebend ist für die Mitglieder von Ersatzkassen der Grundlohn ihrer Krankenkasse, für Mitglieder von knappschaftlichen Krankenkassen der Grundlohn, der nach § 180 bestimmt ist. Ist der gegen Krankheit Versicherte infolge des Unfalls im Auslande erkrankt, so sind die §§ 221, 222 entsprechend anzuwenden.

Neben dem § 573 kommen im vorliegenden Falle auch noch andre Paragraphen für die Zahlung des Unfallzuschusses in Betracht. Als ein wesentlicher Mangel ist es nach wie vor zu bezeichnen, daß auf den Unfallzuschuß nur die gewerblichen Arbeiter, nicht aber auch die landwirtschaftlichen, Anspruch haben. Was nun die Höhe des Unfallzuschusses anbetrifft, so ist hierfür in erster Linie der Grundlohn, d. h. der bisher für die Versicherten laut Krankenkassenstatut festgesetzte durchschnittliche Tagelohn der Krankenkasse maßgebend. Derselbe konnte bis zum 31. Dezember 1913 im Höchstfalle fünf Mark betragen; vom 1. Januar 1914 an können die Krankenkassen nach der verschiedenen Lohnhöhe der Versicherten den Grundlohn stufenweise bis zu sechs Mark festsetzen. Von diesem Grundlohn muß die Hälfte als Krankengeld gezahlt werden, es kann aber bis ¾ desselben erhöht werden. Angenommen, der Grundlohn beträgt 4 Mark, die Kasse zahlt die Hälfte davon (2 Mark) als Krankengeld, dann hat für den Unfallverletzten von der 5. Woche ab eine Erhöhung des Krankengeldes von 2 Mark auf 2,66⅔ Mark pro Tag einzutreten. Bei einem Grundlohn von 5 Mark müßte das Krankengeld 2.50 Mark betragen, es wäre von der 5. Woche ab auf 3,33⅓ Mark zu erhöhen und bei 6 Mark Grundlohn hätte eine Erhöhung von 3 auf 4 Mark einzutreten, falls auch in den letzteren Fällen nur die Hälfte des Grundlohns als Krankengeld gezahlt würde. Beträgt aber das Krankengeld von Anfang an schon zwei Drittel des Grundlohns, dann fällt der Unfallzuschuß weg.

Vielfach wird auch angenommen, der Unfallzuschuß richte sich anstatt nach dem Grundlohn der Krankenkasse nach dem tatsächlichen Arbeitsverdienst. Dies trifft nicht zu. Nach dem im § 573 erwähnten § 189 kann bei Doppelversicherung die Krankenkasse das Krankengeld so weit kürzen, daß dasselbe den Durchschnittsbetrag seines täglichen Arbeitsverdienstes nicht übersteigt. Somit darf auch das Krankengeld zusammen mit dem Krankengeldzuschuß bei Unfällen jenen Durchschnittsbetrag nicht übersteigen. Durch die Satzung der Krankenkasse kann die Kürzung aber auch ganz oder teilweise ausgeschlossen werden. Für die Mitglieder der Ersatzkassen ist gegen früher eine Aenderung eingetreten. Die freien Hilfskassen hatten bisher auch schon den Unfallzuschuß zu zahlen. Oertliche Hilfskassen mußten von der 5. Woche ab mindestens zwei Drittel des ortsüblichen Tagelohns, zentralisierte Kassen aber zwei Drittel von 5 Mk. des höchsten nach dem Krankenversicherungsgesetz zulässigen durchschnittlichen Tagelohns zahlen. Die Mitglieder der Ersatzkassen sind jetzt aber mit den Mitgliedern der Pflichtkassen gleichgestellt, denn für Mitglieder der Ersatzkassen ist der Grundlohn der Krankenkasse maßgebend, der sie nach § 306 auf Grund ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigung angehören müßten, bei der aber nach § 517 ihre Rechte und Pflichten ruhen. Hiernach muß bei Mitgliedern der Ersatzkassen das Krankengeld vom Beginn der 5. Woche ab mindestens zwei Drittel des Grundlohns der Pflichtkasse, also nicht ihrer Ersatzkasse betragen. Bei Krankenhauspflege tritt Erhöhung des Hausgeldes ein, wenn dem Verletzten der Unfallzuschuß gebührt und berechtigte Angehörige vorhanden sind. Da das Hausgeld die Hälfte des Krankengeldes und dieses die Hälfte des Grundlohns betragen muß, so ist also vom Beginn der fünften Woche ab das Hausgeld auf ein Drittel des Grundlohns zu bemessen, natürlich immer vorausgesetzt, daß überhaupt Hausgeld zu zahlen ist. — Statutarisch kann nun auch noch bestimmt werden, daß Versicherten, für die kein Hausgeld zu zahlen ist, neben der Krankenpflege ein Krankengeld bis zur Hälfte des gesetzlichen Betrages zugebilligt werden kann. In diesem Falle würde dann ein durch Unfall Erkrankter von der 5. Woche ab ein Drittel des Grundlohns erhalten.

Was nun noch die im § 573 erwähnten §§ 221 und 222 anbetrifft, so erhält hiernach ein im Ausland erkrankter Versicherter, solange er seines Zustandes wegen nicht ins Inland zurückkehren kann, die ihm von seiner Kasse zustehenden Leistungen vom Arbeitgeber. Dieser erhält von der Krankenkasse Ersatz seiner Auslagen. Liegt ein Unfall vor, so hat der Unternehmer auch den Unfallzuschuß mit zu zahlen. Gehört ein der Unfallversicherung unterliegender Verletzter keiner Krankenkasse an, dann hat der Unternehmer ihm für die ersten 13 Wochen Krankenhilfe zu gewähren. Dem Unternehmer fällt dann ebenfalls der Unfallzuschuß zur Last.

Zum Schluß sei nun noch darauf hingewiesen, daß das, was die Krankenkassen an Unfallzuschuß zu zahlen haben, sie vom Unternehmer zurückfordern können, wenn der Verletzte über die 13. Woche hinaus nicht erwerbsfähig bleibt. Wird dem Verletzten aber über die 13. Woche hinaus Entschädigung gewährt, dann hat jetzt die Berufsgenossenschaft den Krankenkassen den Unfallzuschuß zu erstatten. Natürlich können die Berufsgenossenschaften auch die Unternehmer entlasten und können in allen Fällen den Unfallzuschuß übernehmen.

Ausdauer führt zum Siege!

Wiederum war Versammlung in Y. angekündigt, und zwar diesmal etwas abweichend vom sonst üblichen Milieu, verbunden mit Lichtbildervorführungen. Ja, ja! Das war der letzte Trumpf, den Gauleiter Z. ausspielen wollte. Versagte auch dies Mittel seine Wirkung, dann, ja was dann? Ah, fort mit den trüben Zukunftsgedanken, es mußte gehen. So und ähnlich grübelte schon seit einigen Wochen Gauleiter Z. über dies Problem nach, und wahrlich, es war keine leichte Aufgabe, die er sich da gestellt. Bitter ernst war es ihm mit seinem Vorhaben; wollte er doch so gerne auch die noch fernstehenden Kollegen dem Verbande zuführen. Seit zwei Jahren im Amte, war er in einem Distrikt stationiert, wo noch die heillosesten Zustände betreffs der Tarif-, Arbeits- und Lohnverhältnisse herrschten, gewissermaßen so ein richtiges Tohuwabohu existierte. Dies kleine schwarze Stückchen Erde nun hatte sich Gauleiter Z. als Zielscheibe seines Geschosses ausersehen (um bildlich zu sprechen), um diesmal, nach vergeblichen Versuchen, als Sieger vom Kampfplatze heimzukehren. Versammlung um Versammlung, um die Kollegen aufzuklären, war schon einberufen. Der Erfolg war immer ein negativer, so daß unser tapferer Streiter schon oft nahe daran war, Mut und Lust zu verlieren.

Jedoch, ein Mann mit eisernem Willen, Energie und Ausdauer, hatte er sichs fest vorgenommen, gerade diese Leute, die hier auf Gottes Erdboden herumwurzelten, dem Verbande zuzuführen. Er war daher auf den genialen Gedanken gekommen, an der Hand von Lichtbildern die dort herrschenden wilden Zustände auf der Leinwand zu veranschaulichen, und auf diesem Wege den Kollegen gewissermaßen die Augen zu öffnen. So sollte und so mußte es gehen.

Heute nun fand die erste Versammlung mit Lichtbildern statt, also ein Kino zur Belehrung und Aufklärung der Skeptiker. Schon um 7 Uhr abends, eine Stunde vor Beginn des Vortrags, saßen Kopf an Kopf Männlein und Weiblein dichtgedrängt aneinander. Halblautes Murmeln wurde laut. Alles blickte gespannt auf die Leinwand und harrte der Dinge, die da kommen sollten. Um das Interesse zu wecken, wurden zunächst einige humoristische Ereignisse vorgeführt, bis dann nach und nach unser Gauleiter zu den beruflichen Sachen überging. Ein dankbares Publikum hatte sich hier zusammengefunden; man war vollständig bei der Sache und für die Außenwelt momentan tot. Es zeigte nur Sinn für die Bilder, die so getreulich der Wirklichkeit entsprachen. Da war auch nichts vergessen. Vom mangelhaften Schutze der Steinmetzen hinsichtlich des Sprengens usw., bis herab zum sehr primitiven, pardon „Erleichterungsbureau". Klar und deutlich waren die Bilder, und selbst das geringste dem Auge des Beschauers sichtbar, so daß unwillkürlich dem einen und dem andern der Ruf entfuhr: „Aber gerade wie bei uns." Oder aber: „Scheene sin de Bilder, he?" Solche und ähnliche Ausrufe entlockten unserm im Dämmerlicht verborgenen Gauleiter ein triumphierendes Lächeln, und er glaubte im Stillen seiner Sache sicher zu sein. Komm Sepp, wir lassen uns in den Verband aufnehmen, spricht Peter ganz begeistert. Ja, ja, spricht jener, warte noch zehn Minuten, zwei Bilder gibts noch, die wollen wir uns erst noch mit ansehen, und dann hinein in den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Und so geschah es in der Tat. Sehr zufrieden kehrte heute Gauleiter Z. wieder heim, er hatte seinen Zweck erreicht, der Sieg war sein, denn: Ausdauer führt zum Ziele.

Jenny Horn.

Der bulgarische Arbeiterbund nach dem Kriege.

Aus Sofia wird uns geschrieben: Der Tüchtigkeit und Opferfreudigkeit der Mitglieder des bulgarischen (engherzigen) Arbeiterbundes während der Kriegszeit wie auch nach der Demobilisierung ist es zu danken, daß es mit der bulgarischen Arbeiterbewegung wieder mit großen Schritten vorwärts geht. Während der allerkritischsten Zeit, also während der 11 Monate langen Kriegszeit, war das ganze öffentliche und politische Leben infolge der Kriegsdiktatur ertötet. In der Zeit bestanden keine anderen Organisationen außer dem Arbeiterbund in Verbindung mit der Organisation der sozialdemokratischen Partei, die trotz aller Schwierigkeiten ihre Tätigkeit fortzusetzen sich bemühten, so gut das eben möglich war. Im ganzen Lande waren nicht mehr als 500 Mitglieder geblieben, und dies waren meist Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter. Diese 500 Mitglieder konnten natürlich die gewerkschaftliche Arbeit unserer Verbände nicht aufrechterhalten, dazu waren die Verfolgungen seitens der Regierung und der Unternehmer zu groß. Sie haben in der schweren Zeit ihre Unterstützung den hungrigen Arbeiterfamilien sowie den verletzten und kranken Soldaten zukommen lassen. Trotz der schweren Zeit haben die Verbände sogar noch 300 Mitglieder gewonnen und, trotzdem sie sehr viele Unterstützungen ausgezahlt haben, hat sich ihr Kassenbestand seither um 3265 Fr. vermehrt.

Weil die Organisationen in der Kriegszeit bestanden, war es nach der Demobilisierung verhältnismäßig leicht, sich zu reorganisieren. Die Arbeiter, die vom Kriegsfelde heimkamen, fanden ihre Organisationen wieder und alle konnten ihre alten Plätze wieder besetzen. Die Organisationsformen waren erhalten geblieben, ihnen fehlte allerdings Fleisch und Blut, welches die elfmonatige Kriegszeit ihnen genommen. Gleich nach dem Kriege hat die Arbeit des Wiederaufbaues mit Erfolg begonnen. Folgende Uebersicht zeigt den Stand der Organisation für 17 wichtigere Orte:

Verband der	Transportarbeiter	813	Mitglieder
„ „	Metallarbeiter	417	„
„ „	Buchdrucker	161	„
„ „	Holzarbeiter	263	„
„ „	Fabrikarbeiter	531	„
„ „	Lederarbeiter, Schuhmacher	649	„
„ „	Schneider	351	„
„ „	Textilarbeiter	279	„
„ „	Bergarbeiter	193	„
„ „	Tabakarbeiter	312	„
„ „	Kaufleute	385	„
„ „	Bauarbeiter	37	„
	Insgesamt	4391	Mitglieder

Diese Ziffern umfassen nicht die Mitglieder 26 weiterer Orte, wo verschiedene Arbeitervereine bestehen, von denen aber ein Bericht noch nicht eingegangen ist. Sie zeigen immerhin, daß unsere Verbände in kurzer Zeit die Hälfte ihrer Mitgliederzahl vor dem Kriege schon wieder erreicht haben. Damals zählte der Gewerkschaftsbund 8502 Mitglieder. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß der Gewerkschaftsbund jetzt nicht weniger als 6000 Mitglieder hat. In dem Kriege sind 500 Gewerkschaftsmitglieder gefallen. Dazu kommt, daß die Regierung unsere Verbände immer verfolgte, um noch besser sie die Bewegung nicht zerstören.

Der Krieg hat uns große materielle Schwierigkeiten gebracht, besonders infolge der wirtschaftlichen Krise, die große Arbeitslosigkeit [illegible] unter der arbeitenden Bevölkerung zur Folge hat. Doch auch diese werden die bulgarischen Gewerkschaften zu überwinden wissen. **S.**

a) Bürgersteig-Pflastersteine (Platinen) 180 000 Stück Steine 10/10 Zentimeter (Vierecke), 26 000 Stück Steine, zugehörige Fünfecke, 10 000 Stück Steine, zugehörige Dreiecke, 10 000 Stück Steine 12/12 Zentimeter (Vierecke) und 1000 Stück Steine, zugehörige Fünfecke; b) Kantsteine: 5000 Meter aus Grauwacke und 12 000 Meter aus Basalt. Verdingungshefte daselbst, Gürzenichstraße.

Kreisbauamt in Diebenhofen, Els.-Lothr. Los II. Lieferung von 1150 laufende Meter Randsteinen aus Basaltlava zur Herstellung von Bürgersteig- und Rinnenpflaster auf der linken Seite der Staatsstraße Nr. 16 zwischen Kilometer 9,890 und 11,080 in der Ortsdurchfahrt Kneuttlingen.

Landesbauamt in Saarbrücken. Lieferung von: 1. 990 Quadratmeter Basaltkleinpflastersteinen und 2. 1237 Quadratmeter desgleichen in einzelnen Losen.

Landesbauamt Aachen-Süd. Lieferung von 1100 Quadratmeter Kleinpflastersteinen aus Basalt oder Sauwacke frei Bahnhof Heimbach (Eifel).

Landesbauamt in Aachen-Süd. Lieferung von 300 Quadratmeter Großpflastersteinen aus Basaltlava, 450 Quadratmeter Normalpflastersteinen aus Hartgestein, frei Bahnhof Heimbach (Eifel).

Landesbauamt in Aachen-Süd. Lieferung von 1730 Quadratmeter Kleinpflastersteinen aus Basalt, 8 bis 10 Zentimeter hoch, frei Bahnhof Montjoie.

Landesbauamt in Gummersbach. Lieferung von 8000 Quadratmeter Kleinpflastersteinen aus Grauwacke.

Magistrat in Drossen. Pflasterung der Bahnhofstraße pro 1914. a) Arbeiten: 1. 1668 qm Rundsteinaufbruch, 2. 1104 Quadratmeter Reihenpflaster herzustellen, 3. 756 Quadratmeter Rundsteinpflaster herzustellen, 4. 375 Quadratmeter Mosaikpflaster herzustellen.

Architekt Ostermeier in Kaiserslautern. Erd-, Maurer- und Steinhauerarbeiten zum Neubau der protestantischen Kirche mit Pfarrhaus in Edigheim.

Landesbauamt in Prüm. Lieferung von 3095 Quadratmeter Basalt oder Hartbasaltlava- oder Grauwackekleinpflastersteinen.

Stadtbauamt in Opladen. Lieferung von zirka 1400 laufende Meter hammerrecht bearbeiteten Bordsteinen, 10 bis 12 Zentimeter breit, 30 bis 60 Zentimeter lang und 30 bis 35 Zentimeter hoch, und von zirka 700 Quadratmeter Rinnenpflastersteinen.

Besonders flott scheint der Beschäftigungsgrad für die Basaltlava- und Grauwacke-Industrie zu werden.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Wegen Schädigung der Verbandsinteressen wurde der Pflastersteinarbeiter Alois Stirner, zurzeit in Bautzen, auf Grund § 3 Abs. 5b des Statuts ausgeschlossen.

Korrespondenzen.

Elberfeld. Am 11. Januar tagte im hiesigen Volkshause unsre Generalversammlung. Den Jahresbericht erstattete Kollege Fischer. In knappen Worten gab er den anwesenden Kollegen ein klares Bild vom verflossenen Jahre. Er ersuchte zum Schlusse die Kollegen, weiter wie bisher treu zur Sache zu stehen, in der Agitation nicht zu erlahmen und für besseren Versammlungsbesuch zu sorgen. Kollege Schmidt legte die Abrechnung vom 4. Quartal vor. Die Einnahmen betrugen laut Belegen inklusive Bestand vom 3. Quartal 1291.28 Mk., die Ausgaben 515.91 Mk., mithin beträgt der Bestand 775.37 Mk. Die Einnahmen der Krankenzuschußkasse betrugen inklusive Bestand 612.43 Mk., die Ausgaben 74 Mk., Bestand 538.43 Mk. Die Kassenverhältnisse waren von den Revisoren geprüft und in Ordnung gefunden worden. Dem Kassierer wurde auf deren Antrag hin einstimmig Entlastung erteilt. Eine lebhafte Aussprache rief der folgende Punkt: Die Vorlage der Zentrale betreffs Erwerbslosenunterstützung hervor. Gauleiter Herrmann begründete eingehend die Vorlage, darauf hinweisend, wie durch die herrschenden Wirtschaftverhältnisse ein großer Arbeitsmangel und demzufolge Not unter der arbeitenden Bevölkerung herrscht, Staat und Kommune aber in diesem Falle vollständig versagen und wir dieserhalb gezwungen sind, hier helfend einzugreifen, um die Notlage der Kollegen zu lindern. Wenn auch einige Kollegen dieses und jenes bemängelten, äußerten sich aber fast alle anwesenden Kollegen im zustimmenden Sinne. Kollege Beutler wies auf das treffliche Agitationsmaterial hin, das uns dadurch gegeben wurde. Kollege Fischer erwähnte den naheliegenden Gedanken des Arbeitsnachweises, dem wir durch Einführung der Unterstützung um ein bedeutendes Stück näher treten. Die Meinung der Kollegen fand in folgender Resolution ihren Ausdruck:

> Die heutige Versammlung spricht ihre Befriedigung aus, daß die Erwerbslosenunterstützung in unserm Verbande eingeführt werden soll.
>
> Sie ist weiter damit einverstanden, daß eine wöchentliche Erhöhung der Beiträge um 10 Pfg. erfolgt und die Erwerbslosenmarken in Wegfall kommen.
>
> Des weiteren möge der Verbandstag in Erwägung ziehen, ob nicht die Reiseunterstützung in der alten Höhe weiter zur Auszahlung gelangen kann.
>
> Die Sterbeunterstützung soll in der bisherigen Form und Höhe weiter ausbezahlt werden.

Sodann schritt die Versammlung zur Vorstandswahl, welche folgendes Resultat zeitigte. Neu resp. wieder gewählt wurden: Als 1. Vorsitzender Kollege Fischer, als 2. Vorsitzender Kollege Beutler, als Kassierer Kollege Schmitt, als Schriftführer Kollege Preute, als Revisoren Kollegen Best und Rühl, als Kartellbelegierter Kollege Fischer, als Bezirkskassierer die Kollegen Knorr, Kerper, Beutler und Rühle. Die Reiseunterstützung zahlt Kollege Kerper, Opphofer Straße 19, aus. Nach einigen kurzen Worten der Ermahnung unsres Gauleiters und Vorsitzenden fand die sehr anregend verlaufende Versammlung ihren Abschluß.

Dürrarnsdorf. Am 10. Januar fand im Gasthof zum Waldfrieden die Generalversammlung der Zahlstelle statt. Nachdem der Kassierer den von den Revisoren für richtig befundenen Kassenbericht erstattet hatte, ging er noch auf den Jahresbericht ein. Kollege Steininger ergänzte den Bericht und verwies darauf, daß gerade in Zahlstelle Dürrarnsdorf-Naßdorf die Einigkeit unter der Arbeiterschaft am notwendigsten sei. Dann erinnerte er an den Tarifabschluß bei der Firma Sanner, und welche Hindernisse dort zu überwinden waren. Die Lokalfrage war im Berichtsjahre gleichfalls wiederholt Gegenstand der Versammlungsdebatten; die Kollegen mußten endlich mit aller Entschiedenheit um die Gleichberechtigung kämpfen und Lokale meiden, wo die Arbeiter als Gäste vierter Klasse angesehen werden. Die Vorstandswahlen wurden in der Weise erledigt, daß beide Orte gleichmäßig vertreten sind. Hierauf referierte Kollege Steininger über: Die deutsche Steinindustrie. Er erörterte die Entwicklung der Steinindustrie im allgemeinen, betonte dann eingehend, daß der Steinarbeiterverband es ermöglichte, daß heute bereits Tarifverträge existieren und die Arbeiterschaft bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen als gleichberechtigter Faktor anerkannt wird. Nach Erledigung einiger Lokalfragen wurde die sehr gut besuchte Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf den Steinarbeiterverband geschlossen.

Frickenhausen. Am 6. Januar fand im Gasthaus zum Bären unsere Generalversammlung statt, welche der Mitgliederzahl nach schlecht besucht war. Zunächst wurde nochmals besprochen, daß die hiesigen Kollegen wie bisher in ihrer Zahlstelle ihre Beiträge leisten. Ebenfalls wurde ein Lokalzuschlag von wöchentlich 5 Pfg. vom 1. Januar ab angenommen. Zum 2. Punkt gab Kassierer Linz die Jahresabrechnung. Die Kasse und Bücher wurden von den Revisoren für gut befunden und wurde dem Kassierer für sein gutes Verwalten Decharge erteilt. Unter Verschiedenes gab der Vorsitzende nochmals bekannt, daß im Januar noch die 5 Pfg. pro Mitglied an den Gewerkverein in München zu entrichten sind, welche in der Kreiskartellkonferenz in Würzburg am 1. September 1913 angenommen wurden. Ferner wurde berichtet, daß die Konjunktur im Muschelkalksteingebiet eine gute und die Arbeitslosigkeit nicht zu groß war, welches leider im Ochsenfurter Gebiet nicht zutrifft. Zuletzt wurde noch über den schlechten Versammlungsbesuch diskutiert.

Grünsfeld. Am 4. Januar tagte unsre Generalversammlung. Der Kassierer Müller verlas die Abrechnung vom 4. Quartal 1913, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden wurde. Es wurde ihm auch der Dank für die richtige Verwaltung und Kassenführung ausgesprochen. Bei der Neuwahl wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: 1. Vorsitzender Michael Maudar, 2. Vorsitzender Adolf Weiß, Kassierer Adam Müller, Schriftführer Gg. Schäffer und Revisoren Peter Fürter und Heinrich Schäffer. Die Versammlung nahm einen günstigen Verlauf. Unsre Zahlstelle hat sich sehr schön entwickelt. Der Zentralvorstand wurde in seiner Gesamtheit wegen einer Maßregelungsunterstützung sehr scharf kritisiert.

Hemeran (Niederbayern). Am 5. Januar tagte unsere Quartalsversammlung, welche nur mäßig besucht war. Der Kassierer Fink gab die Quartalsabrechnung bekannt. Bücher und Kasse wurden von den Revisoren in bester Ordnung befunden. Der Kassierer wurde entlastet. Erfreulich ist, daß in unsrer Zahlstelle ein sehr guter organisatorischer Geist herrscht, das beweist die Zahl der verkauften Beitragsmarken. Es wurden im 4. Quartal 873 Marken verkauft. Kollegen, seid auch dieses Jahr wieder so agitatorisch tätig, wie das vergangene, denn wir haben noch ein sehr großes Arbeitsfeld.

Lübeck. Die Arbeitsverhältnisse hier am Orte sind zurzeit recht trostlos. Die Internationale Granit-Comp., von der sich die Kollegen recht viel versprochen haben, beschäftigt zurzeit überhaupt keine Steinmetzen. Außer einigen Grabsteingeschäften, wo zirka 10 Kollegen beschäftigt sind, kommt hier noch die Granit- und Marmorschleiferei von Plettner u. Bruhn, wo durchschnittlich 6 Steinmetzen beschäftigt werden, in Frage. Dort scheinen jedoch die Differenzen, seit der Poller Ahred seines Amtes waltet, kein Ende zu nehmen. Ich werde den Herren noch mehr Gelegenheit geben, über meine Person zu schreiben, meinte er. Die Firma glaubt jetzt mit unsern Kollegen umspringen zu können, wie es ihr beliebt. Kurz vor Weihnachten wurden zwei verheiratete Kollegen, wie vermutet wurde (Gründe wurden ihnen nicht mitgeteilt), wegen Arbeitsmangels entlassen. Nun sollte man meinen, daß ein Arbeitgeber, wenn er tüchtige Arbeiter wegen Arbeitsmangels entlassen muß, sie auch zunächst wieder einstellt; aber weit gefehlt. Die Firma wandte sich in zahlreichen Zuschriften unter Umgehung des „Steinarbeiters" an die Ortsverwaltungen und suchte von dort wiederum zwei bis drei tüchtige Steinmetzen heranzuholen. Ob die Firma der Ansicht war, daß in Lübeck noch genug Arbeitslose vorhanden sind, entzieht sich unsrer Kenntnis.

Mannheim. Am 4. Januar fand im Lokal Volksstimme unsre Generalversammlung statt. Der Vorsitzende Kollege Köstel gab den Jahresbericht bekannt. Daraus war zu ersehen, daß das verflossene Jahr als ein gutes bezeichnet werden kann und auch noch einige gute Fortschritt in der Zahlstelle gemacht wurden. Anschließend daran gab der Kassierer Bretzl die Jahresabrechnung bekannt. Auf Antrag des Revisors Stab wurde dem Gesamtvorstand für seine Mühe und Arbeit einstimmig der Dank ausgesprochen. Zum Punkt Neuwahl wurde auf Antrag des Kollegen Hoffmann der alte Vorstand per Akklamation einstimmig wiedergewählt. In die Baukommission wurden Max Anold und Frei gewählt. Die Versammlung nahm einen schönen Verlauf.

Meißen II. Am 6. Januar fand in der Karpfenschenke unsre Hauptversammlung statt; dieselbe war gut besucht. Der Vorsitzende gab beim Vorstandsbericht bekannt, daß von den Unternehmern der Tarif gekündigt worden sei; er verlas hierauf die einzelnen Schreiben, welche uns zugingen. Weiter erläuterte der Vorsitzende die hauptsächlichsten Punkte aus den Satzungen des Ortskrankenkassenverbandes zu Weinböhla. Den Kassenbericht gab der Kassierer bekannt. Es war eine Einnahme von 878.38 Mark zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 514.95 Mark gegenüberstand, so daß ein Kassenbestand von 363.43 Mark verbleibt. Der Mitgliederzuwachs betrug 10. Der Kassierer wurde entlastet. Der Vorstand besteht aus dem Kollegen Münch als 1. Vorsitzenden, Poppe als 2. Vorsitzenden, Heinze als Kassierer, Schneider und Jacob als Revisoren. Unter Verschiedenem wurde über das Brechen diskutiert. Die Behörden haben angeordnet, daß von jetzt an von oben gebrochen werden soll; die Unternehmer wehren sich aber dagegen. Um nun die Arbeiterschaft für die Interessen der Unternehmer gefügig machen zu können, haben sie für Sonnabend, den 17. Januar, eine allgemeine Aussperrung angekündigt. Mit solchen Mätzchen schreckt man die organisierten Arbeiter nicht mehr, und die Unorganisierten werden dadurch auch zur Einsicht kommen.

Metten a. d. Donau. Am 4. Januar tagte im Verbandslokal Grabmeier unsere Generalversammlung, welche äußerst gut besucht war. Die Abrechnung vom 4. Quartal gab der Kassierer Sicker. Von beiden Revisoren wurde alles für gut befunden. Kollege Kain verzichtete auf eine Wiederwahl als Vorsitzender. Ihm wurde für seine Mühewaltung volle Anerkennung ausgesprochen. Sodann wurde zu den Neuwahlen der Vorstandschaft geschritten. Es wurden 3 Vorschläge gemacht. Aus der Wahl ging Kollege Stettmeier mit großer Mehrheit hervor. Wiedergewählt wurde Sicker als Kassierer. Halser wurde Schriftführer, Heigl und Artmeier Revisoren, Jez 1. Beisitzer, Kain 2. Beisitzer. Dann wurde beschlossen, einen Steinarbeiter-Ball abzuhalten. Im Verschiedenen war die Debatte eine recht eingehende. Zum Schluß gab Kollege Stettmeier noch einige beachtenswerte Winke.

Maulbronn. Die auf den 3. Januar einberufene Monatsversammlung war, wie gewöhnlich, schlecht besucht. Man sollte es nicht für möglich halten, daß eine so große Interesselosigkeit bei den hiesigen Kollegen herrscht. Allem Anschein nach ist es den meisten gleichgültig, ob auch unser Gebiet bei der demnächstigen Vergebung von Steinhauerarbeiten für das Empfangsgebäude des Stuttgarter Bahnhofes berücksichtigt wird oder nicht. Zu diesem Zweck sind doch die Versammlungen da, um Mittel und Wege zu finden und zu beraten, daß wir bei der ferneren Vergebung von Steinhauerarbeiten, soweit der Staat in Betracht kommt, nicht einfach an die Wand gedrückt werden. Wie sonst im Leben, so auch hier: der Einzelne, und wenn er sich noch so große Mühe gibt, ist machtlos; deshalb ist die größte Einigkeit höchst nötig. Das vergangene Jahr wird wohl einem jeden von uns nicht so schnell aus dem Gedächtnis schwinden, herrschte doch eine solche Arbeitslosigkeit im hiesigen Gebiet, wie seit 25 Jahren nicht zu verzeichnen war. Die Ursache dieser Kalamität aber in dem Wechsel der Leitung des Betriebs zu erblicken und den jetzigen Pächtern die Schuld beizumessen, wie es von gewisser Seite eifrig propagiert wird, ist total falsch. Der frühere Betriebsinhaber H. Burrer hat eben die sieben fetten Jahre gehabt und seine Nachfolger können die sieben mageren Jahre ausbaden und wir mit. Vielmehr ist einmal der wirtschaftliche Niedergang und dann auch die Konkurrenz des Kunststeins und des Eisenbetons schuld daran und nicht zum letzten auch die Geschmacksänderung. Es kann nun nicht bewiesen werden, daß Kunststein und Muschelkalk an Güte, Haltbarkeit und Schönheit der Farbe dem Maulbronner Stein überlegen sind, es trifft eher das Gegenteil zu; ebenso ist der Maulbronner Stein billiger wie Muschelkalk. Wir verweisen nur auf das Stuttgarter Hoftheater, Generaldirektionsgebäude, verschiedene Schulen usw. Wir sind nun nicht Partikularisten genug, um nicht zu verstehen, daß hinter den Bergen auch Leute wohnen, aber bei einem Objekt wie das Empfangsgebäude in Stuttgart sollte es an leitender maßgebender Stelle möglich sein, die heimische Natursteinindustrie (soweit diese Anspruch auf Bedeutung hat, und dazu gehört mit in erster Linie das Maulbronner Gebiet) je nach Stärkezahl und Leistungsfähigkeit mit Aufträgen zu versehen, um auch an ihrem Teil mitzuhelfen, daß ein einst blühendes Gewerbe wieder existenzfähig wird und nicht vollständig zugrunde geht. Abhilfe tut also not. Damit ist nun nicht gesagt, daß wir die Hände in den Schoß legen dürfen und warten, was da kommt; nein, im Gegenteil, ein jeder muß dazu beitragen, daß auch unser Gebiet wieder in die Höhe kommt. Wenn wir nun zum Schlusse noch den Tarifvertrag, welcher letztes Jahr abgeschlossen wurde, erwähnen, so deshalb, weil dieser wohl nicht allen Erwartungen entsprochen hat; aber es ist doch immerhin ein Anfang. Mehr und mehr werden bei Vergebung von kommunalen und staatlichen Bauten die Unternehmer berücksichtigt, welche einen Tarifvertrag abgeschlossen oder in einem sonstigen Vertrag mit ihren Arbeitern stehen. Es liegt nun ja an uns selbst, das wenige, das erreicht worden ist, auch festzuhalten und weiterzubauen an dem Angefangenen. Den Kritikern aber ist zu empfehlen, ihre Kenntnisse in den Versammlungen zu verwerten, damit wird mehr genützt als durch räsonieren am Biertisch. Dazu sind die Versammlungen da, daß jeder seine Meinung sagen kann und soll. Also in Zukunft die Versammlungen besser besuchen. Aber auch den Arbeitgebern möchten wir empfehlen, ihr gegebenes Wort und die Unterschrift zu achten und dementsprechend auf ihre Polliere, besonders auf P. Käfer, einwirken zu wollen, denn wir sind nicht gewillt, dessen Handlungsweise uns länger gefallen zu lassen. Genanntem Polier werden wir übrigens einmal einen besonderen Artikel widmen, wenn er so weiter macht. Also Kollegen, den Mut nicht verlieren, vorwärts muß es gehen, und wo ein Außenstehender noch ist, der schließe sich dem Steinarbeiterverband an.

Ochsenfurt. Am 6. Januar fand unsre Generalversammlung statt. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, ließen sich drei Kollegen in den Verband aufnehmen. Die Quartalsabrechnung gab der Kassierer, Kollege Hoffmann. Bücher und Kasse wurden in bester Ordnung befunden und dem Kassierer Entlastung erteilt. Gewählt wurden: als 2. Vorsitzender Georg Stüdlein, als Schriftführer Philipp Schwarz, als Revisoren Michael Umminger und Johann Maag, als Kartellbelegierte Georg Stüdlein und Joseph Hilpert. Unter Punkt Verschiedenes erklärte der Vorsitzende noch sehr viel Nützliches betreffs der Ortskrankenkasse. Auch wurde die Frage angeschnitten, wann und in welchem Lokal die Versammlungen abgehalten werden sollen. Dieses wurde dem Ausschuß überlassen. Hierauf Schluß der Versammlung.

Waren. Am Sonntag, den 4. Januar, fand unsere Jahres-Versammlung statt, die gut besucht war. In die Ortsverwaltung wurde gewählt: Adolf Stöcker als 1. Vorsitzender, Johann Saß als 2. Vorsitzender, Richard Herzfeld als Schriftführer, Emil Holzkam als Kassierer, Wilh. Hagen und Wilh. Muchow als Revisoren. Dann kam Kollege Hagen auf die Lokalfrage zu sprechen und gab bekannt, daß die drei in der Stadt gelegenen Säle zu meiden sind, sie werden den Arbeitern verweigert. Dann wurde der Antrag des Kollegen Stöcker angenommen, daß ein Tarif mit der Firma Scheinflug u. Zacharias abgeschlossen werden sollte. Dieses wurde dem Vorstand überlassen, der bis zum 1. April einen Bericht zu erstatten hat.

Warthau I. Die am 8. Januar stattgefundene Generalversammlung befaßte sich mit drei Hauptpunkten, und zwar: Abrechnung, Neuwhl des Vorstandes und Anschluß an das Gewerkschaftskartell. Der Kassierer verlas seine Abrechnung, welche von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden war. Nachdem niemand sich zum Wort gemeldet, wurde selbige angenommen. Bei der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Als Revisoren wurden die Kollegen Großer und Schindler gewählt, als Ersatzmann Kollege Kobetzki; auch diese nahmen ihr Amt an. Der 3. Punkt: Anschluß an das Gewerkschaftskartell Bunzlau, rief eine lange Debatte hervor. Nach Verlesen eines Briefes des Kartells Bunzlau, welcher Zweck und Nutzen der Kartelle enthielt, wurde ein Antrag, sich dem Kartell Bunzlau anzuschließen, angenommen. Als Kartellbelegierte wurden die Kollegen Läßig und Hackauf gewählt, als Ersatzmann Franken. Zum Schluß kamen noch einige örtliche Angelegenheiten zur Sprache. Darauf Schluß der gut besuchten Versammlung.

Würzburg. Am 3. Januar fand im Gasthaus zur blauen Glocke unsre diesjährige Generalversammlung mit Neuwahl statt. Erster Punkt war der Kassenbericht unsres zuverlässigen Kassierers Kollegen Baumeister, dem auch für seine Mühewaltung der Dank der Versammlung abgestattet wurde. Kollege Baum erstattete sodann einen ausführlichen Jahresbericht über die Leistungen und Arbeiten der Zahlstelle. Die hieran anschließende Neuwahl ergab die Wahl der alten Verwaltung mit Ausnahme des Schriftführers und eines Revisors, der zugleich Vertreter der Hilfszahlstelle Geroldshausen ist. Unter Punkt Verschiedenes wurden verschiedene Mißstände gerügt; besonders wurden die Mitglieder aufmerksam gemacht, die Krankmeldung genau nach den Statuten vorzunehmen. Ein ansehnliches Weihnachtsgeschenk konnte zwei kranken Kollegen durch den Opfersinn der Kollegen der Werkplätze Buchner, Niggel u. Hesse und Leipold übermittelt werden. Der Dank an sämtliche Kollegen dieser Werkplätze von seiten der Angehörigen unsrer schwer kranken Kollegen sei an dieser Stelle zum Ausdruck gebracht. Bedauerlicherweise war unsre Versammlung nicht so zahlreich besucht, wie es die Wichtigkeit der Tagesordnung verlangte, besonders unsre ledigen Mitglieder zeigten kein Interesse für unsre Sache. NB. Die Reiseunterstützung wird nach wie vor im Gasthof zur blauen Glocke ausbezahlt.

Zinhain (Westerwald). In der am 8. d. M. stattgefundenen Versammlung gab der Kassierer, Kollege Knetsch, den Kassenbericht vom 4. Quartal 1913. Die Einnahmen betrugen 225.13 Mark, die Ausgaben 138.95 Mark. Es verbleibt somit ein Kassenbestand von 86.18 Mark. Die Revisoren und der Gauleiter bestätigten, daß alles in bester Ordnung war. Zum nächsten Punkt der Tagesordnung hielt der Gauleiter, Kollege Herrmann, ein Referat über: Die Einführung der Erwerbslosenunterstützung in unserm Verbande. Zunächst gab er eine einleitende Uebersicht über die Entwicklung der Arbeitslosenfürsorge innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung und die Behandlung dieser Angelegenheit in unserm Verbande. Eingehend besprach er dann die Vorlage des Verbandsvorstandes, verlas und erklärte die einzelnen Abschnitte. Eine Erhöhung des Beitrages um wöchentlich 10 Pfg. sei nicht zu vermeiden; daß die Erwerbslosenmarke in Wegfall komme, falle für den einzelnen Kollegen nicht allzu schwer ins Gewicht. Die auf Wanderschaft befindlichen Kollegen hätten allerdings, wenn die Vorlage durch den Verbandstag in Dresden angenommen würde, gegenüber den bis jetzt gezahlten Unterstützungen einen Verlust zu erleiden. Zum Schluß empfahl der Referent den Kollegen, der Vorlage zuzustimmen. In der Debatte wurden noch verschiedene Aufklärungen gewünscht, die Kollege Herrmann gab. Die Abstimmung ergab, daß alle Kollegen dafür waren, daß die Erwerbslosenunterstützung in unserm Verbande eingeführt wird. Bei der Vorstandswahl wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Der Vorsitzende, Kollege Meutsch, richtete an die Kollegen die dringende Bitte, in der Agitation unter den Unorganisierten mit zu helfen. Die Unternehmer der Pflastersteinbranche in Westdeutschland schlössen sich immer mehr zusammen; das müsse für die Arbeiter ein Ansporn sein, auch dasselbe zu tun. Nachdem noch die Wahl von Hilfskassierern vorgenommen worden war, sprach Kollege Herrmann allen Kollegen, welche so tatkräftig ihn in der Agitation im Westerwald unterstützt haben, seinen Dank aus.

Rundschau.

Große Arbeitslosigkeit herrscht unter den Münchner Steinmetzen. Das dortige Gewerkschaftskartell nahm eine Statistik auf und da ergab sich, daß im Dezember von 247 Verbandsmitgliedern 108 arbeitslos waren. — Für unsere Kollegen herrschen in München geradezu traurige Verhältnisse. — Die an der Gesamterhebung beteiligten Gewerkschaften haben an Arbeitslosen-, Weihnachts- und Reiseunterstützung im Jahre 1913 insgesamt 591 968.89 Mk. ausgegeben. Im Jahre 1912 haben die Gewerkschaften in München für Arbeitslosen-, Reise- und Weihnachtsunterstützungen 270 303.83 Mark aufgewendet, im Jahre 1913 591 968.89 Mk., also mehr als doppelt soviel. Es sind gewaltige Beträge, die von der Münchener organisierten Arbeiterschaft geleistet wurden. Und doch konnten die freien Gewerkschaften zahlreiche arbeitslose Mitglieder nur notdürftig über Wasser halten. Angesichts solcher Summen können

die Gewerkschaften endlich verlangen, daß auch die berufenen Instanzen pflichtgemäß eingreifen.

Moritz Klein Direktor. Der ehemalige Sekretär im Steinmetzmeisterverband, Herr Moritz Klein, hat die Direktion der Steinwerke Louis Steinhauer in Osnabrück übernommen. Klein führte vor etwa 10 Jahren die Direktion des Granitwerkes Steinerne Renne, Hasserode, welches bekanntlich mit großem Defizit arbeitet.

Betriebseinstellung. Das Seebacher Basaltwerk hat seit einiger Zeit seinen Betrieb eingestellt, da es dem Vernehmen nach an Absatzquellen für den Straßenschotter fehlt. Betroffen sind etwa 30 Arbeiter. Den Kollegen wird es sehr schwer fallen, im Schwarzwald Arbeitsgelegenheit auftreiben zu können.

Erfreuliche Meldung. Die sehr darniederliegende Steinindustrie des Main- und Taubertals soll einen günstigen Jahresanfang haben, was den Arbeitern wohl zu gönnen ist. Drei Firmen aus der Wertheimer Gegend wurden die Steinhauerarbeiten zu dem Kasernen-Neubau in Konstanz vor einigen Tagen übertragen.

3½ Millionen Hypothekenverluste. Im Gerichtsbezirk Dresden mußten im Monat November 29 Grundstücke versteigert werden. Der Verlust an Hypothekengeldern in den letzten 11 Monaten beträgt netto 3½ Millionen Mark. Daraus ist ohne weiteres auch der Schluß zu ziehen, daß die Konjunktur im Baugewerbe keine gute genannt werden kann.

Schlacke an Stelle von Naturstein. Unseren Lesern ist bekannt, daß sich das Schlackenpflaster immer mehr einbürgert. Nun stellt sich aber heraus, daß auch schon „Schlackenkleinschlag" zu Chausseebauten, Gleisbettungen usw. Verwendung findet. Am 6. Januar hat die Reichseisenbahnverwaltung Straßburg nachstehende Submission ausgeschrieben (gebraucht werden: 1. 132630 cbm Schlackenkleinschlag, 2. 4170 cbm Schlackensplitter, 3. 2010 cbm Schlackengrus; a) offenes Quantum in Kubikmetern, b) Forderungen pro Kubikmeter), bei der folgende Offerten eingingen:

Firmen	Schlackenkleinschlag		Schlackensplitter		Schlackengrus	
	Offenes Quant. in cbm	Forderungen pro cbm Mk.	Offenes Quant. in cbm	Forderungen pro cbm Mk.	Offenes Quant. in cbm	Forderungen pro cbm Mk.
	a	b	a	b	a	b
Lothring. Hüttenverein, Aumetz-Friede	60000	1.45	4170	1.30	2010	1.30
Röchlingsche Eisen- und Stahlwerke, Carlshütte bei Dietenhofen	100000	1.40	4170	1.60	2010	1.40
Vereinigte Hüttenwerke Rombach	35000	1.70	2000	2.—	—	—
Stahlwerke Thyssen, Hagendingen	50000	1.15	—	—	—	—
	82630	1.10	—	—	—	—
Röchlingsche Eisen- und Stahlw., Völklingen	75000	1.35	4170	1.50	2010	1.40
	75000 bis 100000	1.30	—	—	—	—
	über 100000	1.20	—	—	—	—

Diese Neuerscheinung bei der Vergebung von Kleinschlag wird unsere Leser sehr interessieren. Als Lieferanten treten also nicht mehr die Steinbruchbesitzer auf, sondern Eisen- und Stahlwerke. — Der Natursteinindustrie ist durch die Verwendung der Schlacke wiederum ein bedeutender Auftrag verloren gegangen.

Eine allgemeine Baufachausstellung kleineren Stiles findet dieses Jahr in Berlin statt. Als Arrangeure treten die Hausbesitzer auf. Daraus kann man schon ersehen, daß es sich um ein ganz unbedeutendes Unternehmen handeln muß.

Auch ein Zeichen der Zeit. In Görlitz wurde eine Wohnungskontrolle eingeführt. Es ergab sich, daß bei der ersten Revision nicht weniger als wie 57 Prozent sämtlicher Wohnungen beanstandet werden mußten. Aber bemerkt muß noch extra werden, daß sich die Stadtväter wiederholt weigerten, die Wohnungskontrolle einzuführen. Wie notwendig aber eine solche war, daß hat ja die erste Kontrolle bewiesen.

Die Gefahren der Arbeit. Im Strehlener städtischen Steinbruch ereignete sich ein bedauerlicher Unfall. Die Steinarbeiter Gebrüder Scholz mußten von einer Huke Steine herunterwerfen. Sie verständigten daher ihre Kollegen, die unter ihnen im Bruch arbeiteten, damit sie sich auf kurze Zeit entfernten. Nach getaner Arbeit wurde den Kollegen unten zugerufen, sie könnten weiterarbeiten. Kaum war das geschehen, so kam auch noch ein Stein auf noch nicht aufgeklärte Weise von der Huke heruntergeflogen und traf den Kollegen August Meißner so unglücklich in den Rücken, daß derselbe schwer verletzt wurde.

Gräßlich verunglückt. Im Granitwerk Göttleinsberg bei Ruhmannsfelden (Ndb.) wurde der Steinhauer Rauch von einem ins Rutschen geratenen kolossalen Granitblock getroffn und zu einer unförmigen Masse zerquetscht. — Die Aufregung unter der Kollegenschaft über diesen Unfall ist sehr groß. —

Unterseeische Bergwerke. Daß es auch unterseeische Bergwerke gibt, die sich kilometerweit unter dem Meere hin erstrecken, dürfte noch wenig bekannt sein. Unsere deutschen Bergwerksgebiete liegen zwar alle meilab von der Meeresküste, aber ein beträchtlicher Teil der englischen Minen zieht sich von der Küste aus weit unter dem Boden des Meeres hin und bildet auf diese Weise richtige „unterseeische Bergwerke". Das ist, wie wir in den Mußestunden (Stuttgart) lesen, der Fall bei den Bergwerken Cumberlands, aber auch für die Minen im Norden Englands kann man fast als Regel annehmen, daß sie zum Teil unter Wasser liegen. Selbstverständlich liegen die Stollen in allen diesen Bergwerken so tief unter dem Meeresboden, daß ein Wassereinbruch oder auch nur ein gefährliches Durchsickern von Wasser ausgeschlossen ist. Die Sicherheit in diesen unterseeischen Minen läßt nichts zu wünschen übrig.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 4. bis mit 10. Januar.

(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate).

Zinnhain, B. 155.—, E. 5.—, K. 7.50. Zell, B. 136.—, K. 10.—, M. 1.50. Volksdagen, B. 179.34, E. 4.—, M. 1.50. Wünschelburg, B. 190.32, E. 4.75, K. 13.50, M. 4.70. Sternenfels, B. 63.—, K. 5.—, M. 1.50. Stadtprozelten, B. 74.90, K. 11.90, M. 3.—. Schwerin, B. 65.56, K. 0.30, M. 1.50. Siegelsbach, K. 7.60. Naumburg, B. 63.—. Rüdersdorf (Thür.), B. 350.42, K. 22.10. Mannheim, B. 707.—, E. 1.50, K. 12.80, M. 0.50. Metz, B. 159.50, E. 9.50, K. 5.45. Lahr, B. 9[illegible], E. 1.50, K. 0.30, M. 5.—. Kettenheim, B. 90.44, E. 0.50, K. 1.40. Kelheim, B. 3.—, K. 23.50, M. 1.50. Kürnbach, B. 83.96, E. 1.50, K. 12.50. Königslutter, B. 108.84, E. 0.50, K. 5.40, M. 1.50. [illegible], K. 188.15. Heigenbrücken, B. 60.08, K. 8.10. Eisenach, B. 27[illegible], K. 8.90. Deutenhausen, B. 152.04, E. 4.—, K. 15.80, M. 7.75. Barnek, B. 215.45, E. 2.—, K. 8.30. Bad Aibling, B. 103.28, E. 0.50, K. 3.40, M. 3.50. Alienz, B. 70.14, K. 5.35. Augsburg, B. 19.—. Alt-Warthau II, B. 122.45, E. 10.—, K. 1.50, M. 1.50. Luda, Ins. 1.20. [illegible], Ins. 4.50. Mittelsteine, Ins. 2.40. Peine, B. 3.60, K. 0.40. Bramfeld, B. 2.40. Lübben, B. 2.40. Lippstadt, B. 3.—. Wilsdruff, B. 4.20. Wittenberge, B. 4.20, Div. 0.10. Windischeichenbach, B. 4.80. Zossen, B. 4.80, Div. 0.20. Pölzig, B. 13.—. Eurhaisen, B. 9.—. Osthofen, B. 4.80. Steinmiesen, B. 0.60, E. 0.50. Winterthur, Ins. 11.31. [illegible], Ins. 5.—. Lübeck, Ins. 2.40. Augsburg, B. 205.—, K. 10.—. [illegible], B. 188.—, E. 4.75, K. 20.50, M. 2.50. Bützow, B. 197.28, K. 2.[illegible], M. 1.50. Bernburg, B. 21.—, E. 1.50, M. 1.50. Deutmannsdorf, B. 15.50, K. 0.25. Ebersbach, B. 187.80, E. 0.50, K. 4.80, M. 1.50. Eisenhausen, B. 8.57, E. 1.50, K. 5.20, M. 1.70. Frankfurt a. O., B. 49.12, E. 1.—, K. 1.50, M. 1.50, Ins. 1.20. Flonheim, B. 222.88, E. 1.50, K. 8.10, M. 6.50. Gefrees, B. 130.20, 4.80, M. 1.50. Hauzenberg, B. 42.90, E. 0.50. Heppenheim, B. 654.—, K. 10.—. Hamburg I, B. 47.25. Hannover, B. 154.25, K. 14.20, M. 3.90. Hasenthal, B. 168.30, K. 0.25. Hemerau, B. 264.42, E. 2.50, K. 2.70, M. 3.—. Kappelrodeck, B. 147.—, K. 1.—, M. 2.—. Kirschhausen, B. 605.05, E. 3.25, K. 8.10, M. 5.10. Ludwigshafen, K. 0.50, M. 4.—. Landsberg, B. 55.—. Marktleuthen, B. 234.78, E. 1.50, M. 1.50. Mülhausen (Elf.), B. 310.52, K. 37.—, M. 5.—. Metz, B. 67.—, K. 0.25. Saalburg, B. 252.44, E. 1.50, K. 11.90, M. 5.—. Stuttgart, B. 95.77, K. 0.20. Striegau, B. 1929.—, K. 1.85. Steinberg, B. 26.36, K. 0.30. Trenchtlingen, B. 146.99, K. 0.50, M. 3.—. Wolfshagen, B. 10.50. Westhofen, B. 40.04, E. 1.50, K. 1.50. Westerode, B. 271.46, M. 15.85. Wolgast, B. 12.50, E. 1.—, K. 10.50, M. 1.50. Würzburg, B. 563.65, E. 1.—, K. 37.10, M. 5.—. Steinach, B. 802.77, E. 7.—, K. 14.30, M. 3.40. Ströbel, B. 493.42, E. 2.—, K. 25.80, M. 1.50. Stuttgart, B. 135.95, E. 0.50, K. 11.80. Pirna, B. 3617.60, E. 25.—, K. 300.—, M. 15.—. Ochsenfurt, B. 100.—, M. 5.—. Neustadt, B. 86.94, K. 4.70. Mittelsteine, B. 366.45, E. 2.—, K. 28.90, M. 1.50. Kappelrodeck, B. 257.50, E. 19.—, K. 6.—. Kupferdreh, B. 81.25. Jannowitz, B. 42.50, K. 9.50. Hannover, B. 236.25. Gebweiler, B. 9.—. Faulbach, B. 50.—, K. 6.75. Elgershausen, B. 100.50. Ebenstetten, B. 105.62, E. 0.50, K. 14.—, M. 1.50. Ebendorf, B. 139.94, E. 2.—, K. 1.10, M. 1.70. Dürkheim, B. 50.38, E. 0.50, K. 24.20. Duisburg, B. 75.—, K. 0.80. Düsseldorf, B. 149.—. Cottbus, B. 18.90, K. 0.60. Coburg, B. 54.20, K. 2.55, M. 2.—. Herbecke, Ins. 7.20. Rendsburg, Ins. 9.60. Bergen, B. 3.—, K. 0.20. Kornhöfstadt, B. 4.20, K. 0.80. Graudenz, B. 6.—, Div. 0.10. Hadersleben, B. 8.40. Ilmenau, K. 0.80. Minden, B. 7.20, K. 0.80. Burghausen, K. 1.80. Bad Aibling, Ins. 2.—. Bautzen, Ins. 2.40. Rehau, Ins. 7.20. Coburg, B. 29.25. Burgkunstadt, B. 53.78, E. 0.50, K. 4.10. Bischofsheim, Div. 0.90. Bützow, B. 19.50. Beuthen, B. 41.—, K. 2.—, M. 1.50. Bamberg, K. 4.—. Alt-Warthau I, B. 140.—, K. 2.25, M. 1.50. Alsleben, B. 237.18, E. 8.—, K. 13.25, M. 1.50. Dessau, B. 39.06, E. 0.50, K. 0.50, M. 0.10. Dürr-Arnsdorf, B. 85.—, K. 0.75, M. 2.—. Dietenhahn, B. 26.—, K. 1.75, M. 1.50. Hardheim, B. 113.25, M. 3.25. Hasserode, B. 229.50. Kirchheim, B. 429.—, K. 33.20, M. 1.50. Kupferdreh, B. 33.75, K. 0.30. Kreuznach, B. 42.—, K. 0.30. Münster (Westf.), B. 56.25, K. 20.—. Meißen II, B. 154.—, E. 4.—, K. 1.65. Münster (Oberhess.), B. 4.68, M. 0.20, Div. 2.05. Ochsenfurt, B. 139.04, E. 4.—, K. 7.40. Schatz, B. 110.94, K. 0.80. Rückers, B. 120.24, M. 0.80. Rinchnach, B. 81.98, E. 6.50, K. 2.10, M. 1.50. Renningen, B. 14.70, K. 1.05, M. 1.50. Winterhausen, B. 315.—, E. 1.50, K. 8.—, M. 5.—. Ströbel, B. 252.—. Trier, B. 185.35, K. 7.90. Treuen, B. 21.25, M. 2.—. Wildemann, B. 42.—, E. 2.—, K. 0.45, M. 4.—. Würzburg (Einzelzahler), B. 53.45, E. 2.—, K. 4.25. Zapfendorf, B. 9.24, E. 1.—, K. 1.—, M. 1.50. Wildemann, B. 23.10, K. 2.05, M. 5.60. Unsen, B. 115.50, K. 16.25 Rammelsbach, B. 486.54, E. 0.50, K. 7.—, M. 1.20. Renningen, B. 25.20. E. 0.50, K. 1.45. Reichenbach, B. 214.20, K. 12.55, M. 2.50. Roßbach, B. 262.10, K. 20.70, M. 1.50. Ochsenburg, B. 34.—. Niederlinda, B. 257.65, E. 1.50, K. 5.70, M. 14.40. Nürnberg, B. 743.50. Kreuznach, B. 4.—, K. 0.50. Frankfurt a. M., B. 700.—, K. 10.75. Eibelstadt, B. 87.—. Dietenhahn, B. 13.79, K. 0.80. Dürkheim, B. 293.—. Dürr-Arnsdorf, B. 204.—, E. 4.—, K. 13.95. Büchlberg, B. 100.56, K. 0.15. Bochum, B. 50.50, E. 0.50, K. 5.70, M. 3.30. Herborn, Ins. 2.80. Brüx, Ins. 14.40. Budapest, B. 4.20. Nienburg, B. 19.80, K. 0.20. Konstantinopel, B. 7.80, K. 0.70. Pegau, B. 6.50. Klein-Hoschütz, K. 1.—. Arnstadt, B. 50.—. Essen, B. 272.50, K. 10.—. Görlitz, B. 80.25, M. 1.50. Königsbrück, B. 52.—, E. 10.50, K. 2.—. Kirschhausen, B. 216.75. Langelsheim, B. 82.32, E. 1.—, K. 2.20, M. 1.50. Lutter, B. 189.94, E. 0.75, K. 12.40, M. 3.50. Löbejün, B. 93.80, E. 0.25, K. 7.20. Landsberg, B. 4.50. Mainz, B. 129.—, E. 10.—. Neubrunn, B. 58.68, K. 7.70. Randersacker, B. 166.75, E. 1.—, K. 32.40, M. 1.60. Rimbach, B. 175.72, K. 4.50. Reistenhausen, B. 84.—, K. 10.—, M. 2.—. Seebach, B. 96.—, K. 1.50. Reichenbach, K. 0.05.

Ludwig Geist, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geist, Leipzig, Zeitzer Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postabschnitt anzugeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Chemnitz. Dem Steinmetzen Ernst Bruno Reichold ist auf Bau sein Verbandsbuch abhanden gekommen. Vor Mißbrauch wird gewarnt.

Die Ortsverwaltung.

Erfurt. Die Reiseunterstützung wird in der Herberge zum Deutschen Bund, Hirschlachufer ausbezahlt.

Halle a. S. Kollegen, die hier um Arbeit zusprechen wollen, mögen sich erst bei der Ortsverwaltung melden.

Die Ortsverwaltung.

Jena. Schlafmarken und Ortsgeschenk werden beim Kollegen Herm. Frosch, Ludwigs Restaurant, Mittelstraße, ausgezahlt. Ab 1. April fällt das Ortsgeschenk fort. — Ebenso ist vor dem Zusprechen jede Auskunft da zu holen.

Hugo Lemser, Kassierer.

Kamenz. Das Verbandsbuch des Kollegen Ernst Reichelt, geboren am 9. Juni 1875 zu Töppendorf, Kreis Strehlen, organisiert seit 1. April 1903, Verbandsbuchnummer 5827, ist verloren gegangen. Vor Mißbrauch wird gewarnt. G. Wagener.

Prenzlau-Fasewalk. Den reisenden Kollegen diene zur Kenntnis, daß der frühere Vorsitzende unserer Zahlstelle Paul Schulz nicht mehr Mitglied des Verbandes ist. E. Haase, Vorsitzender.

Trier. Wir warnen die Kollegen vor der Firma „Gewerkschaft Bitburg" bei Waldrach (Rg. Trier). Dieselbe hat wiederholt Steinarbeiter gesucht. Selbige Firma hat aber noch nicht für einen Mann Material. Die Ortsverwaltung.

Adressen-Aenderungen.

Büchlberg. Kass.: Vitus Färber.
Crailsheim. Kass.: Robert Hornickel in Altenmünster.
Dürrarnsdorf. Vors.: Joseph Lienert.
Eibelstadt. Vors.: Johann Theuerkaufer. Kass.: Joseph Rüger, Graben 272.
Goldmühl. Vors.: Adam Wehner, Steinschleifer, Goldmühl Nr. 9. Post daselbst.
Jena. Vors.: Gustav Leypoldt, Lutherplatz 6.
Koburg. Vors.: Theodor Hein, Steinmetz, Rodacher Str. 2.
Königswalde. Vors.: Fritz Geisler, Ober-Wüstegiersdorf (Kreis Waldenburg). Kass.: Jos. Wagner bei Isidor Wagner, Vierhöfe, Post Königswalde.
Mannheim. Vors.: Karl Köstel, Augartenstr. 41, IV.
Metten. Vors.: Joseph Stettmeier.
Nürnberg. Vors.: Hans Kick, Wodanstr. 66, IV.
Schopfloch. Vors.: Ernst Gattenlöhner. Kass.: Heinrich Grimm.
Speier. Vors.: Ludwig Andrä, Ludwigstr. 9. Kass.: Joseph Grimm, Diakonissenstr. 5.
Stettin. Kass.: Gustav Eichmann, Gr. Lastadie 42.
Stuttgart. Vors.: Karl Lachenauer, Gablenberg, Seestraße 24c.
Treuen. Vors.: Arno Kober, Schreiersgrün.
Zwickau. Kass.: Bruno Grimm, Trillerstr. 9.

Versammlungskalender.

General-Versammlungen

Halle a. S.: 17. Januar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark"
Fechenbach-Dorfprozelten: 18. Januar, nachm. 3 Uhr, im Bayrischen Hof.
Kappelrodeck: 18. Januar, nachm. 2 Uhr, im Gasthaus Rebstock.
Regensburg: 18. Jan., vorm. 9 Uhr, im Gasthaus zur Zachselmühle.
Essen: 24. Januar, abends 8 Uhr, bei Becker, Annastraße.
Mayen: 25. Januar, nachmittags 2 Uhr, in der Tonhalle.
Offenburg i. B.: 25. Januar, vormittags ½10 Uhr, im Anker.

Mitglieder-Versammlungen

Blauberg: 17. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Gasthaus Meier.
Kamenz: 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Kronprinz.
Oerlinghausen in Lippe: 18. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei August Niewald, Gasthof zum Lönsberg.
Reinheim: 18. Januar, nachmittags 3 Uhr, im kühlen Grund.
Wunsiedel: 18. Januar, mittags 1 Uhr, im Gewerkschaftsheim.
Ebersbach: 20. Januar, nachm. 5 Uhr, Gutenbergwarte.
Brück: 25. Januar, nachmittags 4 Uhr, bei Herrn Aug. Sattler.
Kaiserslautern: 25. Januar, vorm. 10 Uhr, Lokal zur Burg.

Briefkasten.

Weißenfels. Nach unserer Meinung ist der Abzug ungesetzlich. — **Mannheim.** Der Kassierer muß mit voller Namensangabe bekanntgegeben werden. — Warum denn immer halbe Arbeit machen.

Zur Beachtung!

Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.

Anzeigen

Bezirk Beucha-Grimma und Umgebung.

Sonntag, den 18. Januar, nachmittags 3 Uhr

General-Versammlung

im Saale der Reichskrone zu Beucha.

Tagesordnung:
1. Berichte: a) Vorsitzender; b) Kassierer; c) Revisoren.
2. Neuwahl der Bezirksleitung.
3. Gewerkschaftskartell-Bericht. Wahl eines Kartellbelegierten.
4. Anträge.

Abends, von 6 Uhr an, findet im genannten Lokale unser

Winter-Vergnügen

statt. — Vollzähliges Erscheinen ist Pflicht. **Der Bezirksvorstand.**

Ingenieur-Akademie Wismar a. d. Ostsee
f. Maschinen- u. Elektro-Ingenieure, Bau-Ingenieure, Architekten. Spezialkurse f. Eisenbeton, Kultur- u. koloniale Technik. Neue Laborat.

Achtung!

Die sehr beliebten **echten, gestrickten Dieselschen**
Steinmetzhemden und Hosen
bezieht man nur allein direkt von
Otto Diesel Gelenau (Erzgebirge)
Mechanische Strickerei.
Vor Nachahmung wird gewarnt!

Schürzen
Hausmacherleinen, 100 und 115 cm breit, **Schürzenstoffe** in allen Breiten, **Jacketts, Leder- und Buckskin-Hosen** in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtiger Maschinenschlosser
der möglichst in der Steinindustrie tätig war und Diamantsägegatter zu behandeln versteht, für sofort gesucht. Gefällige Offerten unter **H. 10** an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Handschleifer
als **Schleiferpolier** zu sofortigem Eintritt gesucht.
Granit- u. Syenitwerke Frohmann & Co., Reinheim (Hessen).

Granitschleifer
für **Hand** und **Maschine** gegen **guten Lohn** für dauernde Arbeit gesucht. **Paul Wöhner,** Granitschleiferei **Güstrow** (Mecklenburg).

Ein Steinmetz
sofort für dauernd gesucht. — Schriftliche Anfragen an
Otto Grimmer in Versmold (Westfalen).

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden).

In Berlin am 9. Januar der Marmorschleifer **Rudolf Kaiser,** 59 Jahre alt, an Lungenentzündung.

In Dresden am 3. Januar der Sandsteinmetz **Bruno Müller,** 33 Jahre alt, an Lungenkatarrh. — Ebenso am 7. Januar der Sandsteinmetz **Paul Hauswald,** 41 Jahre alt, an Lungenleiden.

In Mülhausen (Elsaß) am 5. Januar der Sandsteinmetz **Friedrich Lehmann,** 43 Jahre alt, an Lungenbluten.

In Münster (Westfalen) am 6. Januar der Steinmetz **Johann Kehl,** 32 Jahre alt, an Lungenentzündung.

In Löbau am 1. Januar der Granitsteinmetz **Aug. Zöllner,** 46 Jahre alt, an Kehlkopfleiden.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.